

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

77 (3.4.1913)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Wer ist schuld?

Karlsruhe, 3. April.

Wie in allen Fragen, so gehen auch hinsichtlich der neuen Wehrvorlage die Meinungen in der fortschrittlichen Volkspartei weit auseinander. Je weiter die Fortschrittler nach rechts neigen — und das ist der größere Teil —, desto mehr Geneigtheit besteht, den Wünschen der Militärkamarilla entgegenzukommen. Die mehr links stehenden Fortschrittler würden am liebsten mit der Sozialdemokratie dem sinnlosen Treiben ein entschiedenes Nein entgegensetzen. Der pflanzenweiche nominelle Führer der Fortschrittler, Reichstagsabgeordneter Wiemer, äußerte sich dieser Tage in einer Berliner Versammlung folgendermaßen:

„Die Vorlage über die Verstärkung der Friedenspräsenz entspricht den bisherigen Ankündigungen. Die kurze Begründung wird in der Kommission eine ausführliche Ergänzung finden müssen. Ob alle Forderungen im einzelnen gerechtfertigt sind, bedarf einer sorgfältigen Nachprüfung; vorwiegend werden verschiedene Abstriche möglich sein. Im ganzen wird die Wehrvorlage vermutlich die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags finden.“

Herr Wiemer hat eine starke Stimme, aber einen schwachen Kopf. Trotzdem dürfte er wissen, daß die „vertraulichen Mitteilungen“ der Regierung, auf welche die „sorgfältige“ Nachprüfung sich stützen soll, weiter nichts als fauler Zauber sind, mit dem man das Volk zu täuschen versucht.

Wie groß die Neigung bei den Fortschrittler ist, der Wehrvorlage zuzustimmen, zeigen folgende Äußerungen der „Boschischen Zeitung“:

„Die Wehrvorlage wird eingehender Prüfung unterliegen. Zunächst muß auffallen, daß sie aller Wehrforderungen ungeachtet eine Reihe vollständiger Reformen unterläßt, wie die Abschaffung kostspieliger und überflüssiger Stellen, die mehr für die Detraction als für die Kriegstüchtigkeit Bedeutung haben, oder die Verwendung tausender Soldaten zu Dienstleistungen statt zu Bedienstenden. Schon bei früheren Vorlagen ist zugegeben worden, daß den Mehraufwendungen auf der einen Seite Ersparnisse auf der andern Seite entsprechen müßten. Von solchen Ersparnissen ist wenig zu sprechen. Indessen über die Wehrvorlage misamt der Erhöhung der Präsenzstärken wird später ausführlich zu sprechen sein. Ihr gegenüber kann es nur einen Standpunkt geben: Bewilligung aller Notwendigen, Streichung aller Entbehrlichen. Was das Reich zu seiner Wehrhaftigkeit braucht, wird von allen bürgerlichen Parteien genehmigt werden.“

Anders klingen die Töne, welche die auf dem linken Flügel stehende „Frankf. Zeitung“ anschlägt. Sie warnt davor, Deutschlands Rüstung ins Ungemessene zu erweitern und sich prinzipiell darauf festzulegen, daß mit der wachsenden Volksziffer und mit dem wachsenden Volkswohlstand immer mehr und immer mehr Soldaten eingestellt werden müßten. Sie hebt mit vollem Recht hervor, daß Deutschlands politische Situation mit jeder neuen Militärvorlage immer ungünstiger geworden ist. Sie fordert mit Entschiedenheit eine Einschränkung dieser nach Churchills schönem Wort „melancholischen und dümmen Periode des Wettrüstens“:

„Von einer ersten Reformabsicht auf diesem Gebiet findet man aber in der Begründung der Wehrvorlage nichts. Da glaubt man mit Ziffern alles machen zu können. Die rage de nombres, über die früher mancher Reichskanzler gelacht hat, überwuchert heute alles. Obwohl der Rüstungsaufwand in den letzten Jahrzehnten schon eine ganz ungeheure Steigerung erfahren hat, soll es damit doch noch nicht genug sein. Seit 1893 haben sich die Heeres- und Marineausgaben in Deutschland ungefähr verdoppelt, sie sind mehr als in irgend einem andern Lande gewachsen. Und nun will man sie abermals um einen starken Prozentfuß steigern! Soll es denn immer in diesem maßlosen Tempo weitergehen, sollen alle wirtschaftlichen Kräfte nur dem einen Zwecke untergeordnet werden? Es ist Zeit, daß dem endlich Einhalt getan wird.“

Einhalt wird diesem Wahnsinn aber dadurch nicht geboten, daß man sich auf den Standpunkt stellt: „Bewilligung aller Notwendigen“. Was notwendig ist, darüber entscheiden, wie die Erfahrung lehrt, die „unverantwortlichen Elemente“ der militärischen Kamarilla. Mit dieser albernen Phrase von der Bewilligung des Notwendigen sind die Fortschrittler immer weiter in den Sumpf hineingerutscht, so daß es für sie gar keinen Halt mehr gibt. Das zeigt ihre jetzige Stellungnahme nur zu deutlich.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen und welche Zustände bei uns in Preußen-Deutschland herrschen, darauf weist die „Demokratische Korrespondenz“ in einem längeren Artikel hin, in welchem sie u. a. schreibt:

„Keiner von uns weiß, ob die Herren Minister, mit dem Herrn Reichskanzler an der Spitze, wirklich ernstlich geprüft haben, was ihnen vom großen Generalstab vorgelegt worden ist, und nicht einmal so viel wissen wir, ob auch nur der große Generalstab von der absoluten Notwendigkeit der neuen Vorlage oder einzelner Teile überzeugt ist. Niemand kann sagen, ob die Männer, die in den Anfangsstadien sich mit der Sache befaßt haben, im Gefühl voller Verantwortung eine sachliche Prüfung vorgenommen haben oder ob nicht der militärische Korpsgeist und das Gefühl absoluter Unterord-

nung ausschlaggebend gewesen sind. Jedenfalls hat die Regierung unbehoben alle Forderungen des Militärs sich zu eigen gemacht. Wie könnte sie auch anders! In unserem Lande halbkonstitutioneller Verhältnisse ist die Regierung ohne andere Stütze als das wandelbare Vertrauen der Krone. Nichts steht hinter ihr, nichts im Parlament und nichts im Volk. Einem Wunsch militärischer Kreise, der die oberste Spitze im Staat für sich gewonnen hat, kann sie sich einfach nicht verweigern. Und eine solche Regierung verlangt dann begeisterte Zustimmung zu ihren Vorschlägen und erwartet, daß mit Hurra und Jubelruf alles angenommen wird, was sie selbst sich hat aufdrängen lassen. Der Bundesrat vollends spielt bei solchen Gelegenheiten keine andere Rolle, als die eines Chors der Ja-sager, die nur insoweit eine eigene Meinung haben, als es sich um Wahrung gewisser Reservatrechte der Einzelstaaten handelt.“

Das alles stimmt bis aufs Tüpfelchen vom 1. Um so energischer gilt es, gegen die ungeheuerliche Zunahme, die das halbabsolutistische Militärregiment mit seinen Kamarillen an das deutsche Volk stellt, den Kampf aufzunehmen. Die „Demokratische Korrespondenz“ setzt ihre Hoffnungen auf den Reichstag. Dabei macht sie Ausfälle gegen die Sozialdemokratie, die mit Schuldfrage an diesen trostlosen Zuständen, weil sie in Fragen der nationalen Selbsterhaltung völlig unkritisch sei. Das trifft aber keineswegs zu. Daß die Sozialdemokratie gegenüber den Militärfragen eine grundsätzliche andere Stellung einnimmt, wie die bürgerlichen Parteien, versteht sich von selbst. Diese grundsätzliche Stellung kann und wird aber die Sozialdemokratie nicht abhalten, auch in der Militärfrage positiv mitzuarbeiten, sobald die Vorbedingungen dazu vorhanden sind. Daß das heute nicht möglich ist, daran trägt aber der Liberalismus die Schuld. Wie kann man der Sozialdemokratie im Ernstes zumuten, einem Regiment, wie es in den oben zitierten Sätzen aus dem Artikel der „Demokr. Korrespondenz“ treffend geschildert ist, irgendwelches Vertrauen entgegenzubringen? Das ist doch ganz und gar ausgeschlossen.

Wir haben gestern in unserm Artikel: „Nicht Abwehr, sondern Angriff“ eine Anzahl Forderungen aufgestellt, die als condicio sine qua non für eine positive Mitarbeit der Sozialdemokratie bei der Frage der nationalen Selbsterhaltung zu betrachten wären. Die Sozialdemokratie kann nationale Politik nur auf demokratischer Grundlage machen, nie und nimmer wird sie sich dazu hergeben, das gegenwärtig herrschende Regiment stützen zu helfen, wie es leider auch die Fortschrittler tun. Das ist ganz und gar ausgeschlossen.

Daß die Sozialdemokratie nicht grundsätzlich gebindert ist, auch in dieser Frage positiv mitzuarbeiten, ergibt sich klar und deutlich aus ihrem Programm. Sie ist, wie wir neulich hervorgehoben haben, keine antimilitaristische, sondern nur eine antimilitaristische Partei. Für die nationale Verteidigung enthält unser Programm die denkbar weitgehendste Forderung, indem es die Volkswehr fordert, d. h. also die militärische Ausbildung aller wehrfähigen Männer. Man kann keinen sinnloseren Vorwurf aus der Haltung der Sozialdemokratie gegen den Militarismus folgern als den der Vaterlandslosigkeit und des Mangels an Verständnis für die Frage der nationalen Selbsterhaltung.

Daß der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Militarismus und seine Begleiterscheinungen ein absolut notwendiger ist, ist in den letzten Tagen gerade von fortschrittlicher Seite mehr denn einmal zugegeben worden. Mit Recht fordert die „Frankfurter Zeitung“, daß dem Betrüsten Einhalt geboten werden muß. Das geschieht aber doch nicht, indem man sich bereit erklärt, wenn auch nicht alles, was jetzt gefordert wird, so doch den größten Teil davon zu bewilligen! Kein vernünftiger Mensch kann doch daran zweifeln, daß wenn jetzt nicht Einhalt geboten wird, wir in Kürze abermals mit einer neuen Wehrvorlage zu rechnen haben werden. Die Forderungen für dieselbe werden ja schon propagiert. Noch vor einem Jahre hat selbst die Reichsregierung die deutschen Rüstungen für völlig ausreichend erklärt. Jetzt soll das deutsche Volk plötzlich eine Militärvorlage bewilligen, wie sie noch niemals einem Volke zugemutet wurde. Die „Demokr. Korrespondenz“ hat durchaus Recht in der Annahme, daß wir diese ungeheuerliche Militärvorlage nicht irgend welchen gründlichen sachlichen Prüfungen, sondern den Einflüssen unverantwortlicher Elemente, die hinter den Kulissen arbeiten, verdanken. Dafür spricht nichts deutlicher als die geradezu erbärmliche Begründung der Vorlage. Nicht die Interessen der nationalen Selbsterhaltung stehen hinter dieser Vorlage, sondern die Interessen einer privilegierten Kaste und die Interessen der Nordwestzuckerfabrikanten. Das sind die unverantwortlichen Macher der neuen Wehrvorlage, die Reichsregierung ist nur deren willenloses Werkzeug. Dieser Klaque verdanken wir es, daß Frankreich die dreijährige Dienstzeit einführen will, womit man in längstens einigen Jahren die nächste Militärvorlage begründen wird. Diese Clique ist es auch, die der Verfassungspolitik alle erdenklichen Hindernisse in den Weg legt und immer neue Hegeleien inszeniert, um sie unmöglich zu machen.

Vom Standpunkt der Demokratie aus kann es deshalb

gegenüber der neuen Wehrvorlage nur ein absolutes Nein geben. Der Kampf um die Demokratisierung Deutschlands ist in erster Linie ein Kampf gegen den verunkerteten Militarismus. So lange der am Ruder ist, gibt es keine demokratischen Reformen. Die Zustimmung zu einer neuen Wehrvorlage, gleichviel in welcher Form, bedeutet politisch de facto nichts anderes, als Stärkung der Junker- und Militärkamarilla.

### Gegen das Steuerprivileg der Fürsten

macht die „Rheinisch Westfälische Zeitung“ mobil. Das Blatt schreibt:

„Die Forderung, daß die Bundesfürsten der Besteuerung zum Milliardenbeitrag unterworfen werden, ist die allergeringste, die in dieser Zeit der Not gestellt werden muß. Und es darf bei dieser Forderung kein Bedenken nicht haben, wo solche riesige Opfer vom deutschen Volke verlangt werden. Ja, jetzt ist es an der Zeit, zu fordern, daß überhaupt alle Steuerprivilegien der Fürsten fallen, vor allem der früheren reichsunmittelbaren Fürsten. Heute sind zum Beispiel in Preußen von der Einkommen- und Vermögenssteuer nicht nur der König, sondern sämtliche Mitglieder des königlichen Hauses und des hohenholzerischen Fürstenhauses, die sämtlichen Mitglieder des welfischen, des turheffischen und des nassauischen Fürstenhauses befreit. Die Standesherrn (das sind die Fürsten und Grafen, deren Familien im alten Deutschland die Reichsständchaft hatten), sind gleichfalls zum größten Teil von der Gemeinde-Einkommensteuer und von der Grund- und Gebäudesteuer befreit. Ja, Itali daß sie für den Staat und das Reich beizutragen haben, haben sie auf Grund alter Regalrechte solche Ansprüche sogar, wie zum Beispiel der Herzog von Arenberg, der von 23 Rechen im Industriegebiet von Aachen, von jährlich zweieinhalb Millionen Mark, von den fiskalischen Reben allein von einer Viertelmillion Mark erhebt, ohne dafür Steuern zu bezahlen. Ein ähnliches Vorrecht genießen die Mitglieder der regierenden und früheren reichsunmittelbaren Häuser auch in den anderen Bundesstaaten. Dieses Vorrecht ist aber nichts anderes als ein Unrecht. Es ist die Kristallisation der Entwendung des Reichsgutes, wie sie unter den schwachen Königen des alten Deutschen Reiches möglich war.“

Wenn etwas für die Kiefengebulde des deutschen Michels und für die erbärmliche Feigheit unseres Bürgerturns bezeichnend ist, so die hier angeführten Tatsachen Deutschland steckt noch sehr tief in dem feudalen Sumpf. Wann endlich wird er ausgerodet werden?

### Wo bleiben die Kulturaufgaben?

Durch die Deckungsvorlagen der Regierung werden die Einnahmen des Reiches bis auf den letzten Pfennig mit Beschlag belegt. Um den Betrag zusammenzubringen, der zur Deckung der dauernden Mehrausgaben nötig ist, rechnet man nicht nur mit den Erträgen der geplanten neuen Steuern, sondern auch mit den künftigen erhöhten Mehrerträgen der bestehenden. Die natürliche Ertragssteigerung, die aus dem Wachstum der Bevölkerung resultiert, wird von vornherein für den Bedarf der neuen Militärvorlage in Anspruch genommen. Danach wird man darauf gefaßt sein müssen, daß von der Regierung künftig noch entschiedener als bisher allen berechtigten Wünschen auf Erhöhung der Kulturaufgaben, die Erklärung entgegengezeigt wird, es seien zur Befriedigung dieser Wünsche keine Mittel vorhanden.

Dabei harret das große Heer der Unterbeamten in Reich und Staat einer Aufbesserung ihrer Bezüge, die mit der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung einigermaßen Schritt hält. Es harret vergebens. Denn alles, was etwa aufgebracht werden könnte, um den Forderungen der Beamten nach Erhöhung ihrer Bezüge nachzukommen, wird von der neuen Militärvorlage glatt aufgezehrt. Können aber die Reichsbeamten auf keine Aufbesserung hoffen, so dürfen die Staatsbeamten ihre alte Rechnung gleichfalls in den Rauchfang schreiben, denn die Regierungen des Reichs und der Einzelstaaten sorgen schon dafür, daß sie einander keine Konkurrenz machen. Mehr als der Reichsbeamte darf der Staatsbeamte gleichen Ranges auch nicht bekommen.

Ähnlich wie den Unterbeamten wird es den Kriegsteilnehmern gehen. Alle Beschlüsse des Reichstags diesen alten Kämpfern des Vaterlandes einen erträglichen Lebensabend zu sichern, sind schon bisher von den Regierungen in den Wind geschlagen worden, mit der Begründung, es sei kein Geld dafür vorhanden. Dabei handelt es sich um Beträge, die neben den Riesensummen der neuen Militärvorlage als ein ganz unbedeutendes Trinkgeld erscheinen. In Zukunft wird für die Veteranen noch weniger Trinkgeld da sein als bisher.

Dann die Sozialversicherung, vor allem die Alters- und Witwen- und Waisenversicherung. Sie sind, wenn sie über eine elende Almosenwirtschaft hinaus gedeihen sollen, auf erhebliche Zuschüsse aus der Reichskasse angewiesen. Aber wenn der Reichstag mit der Forderung kommen wird, die Altersgrenze auf 65 Jahre herab-

2100  
19.

1953

40.  
5.  
25.  
str. 50.  
5901

nt  
aren

in  
5844  
hon 1722

asie  
1890

enfr. 6  
gfr. 60

öbel

mann,  
40. 6213  
werten.

40. 6213  
werten.



zusehen, wenn von einem ordentlichen Wöchnerinnenschutz, wirksamen Maßregeln gegen die Kindersterblichkeit die Rede sein wird, dann wird der Reichssekretär achselzuckend auf seine leeren Taschen weisen.

Mögen sie alle hungern, sterben und verderben! Wenn nur Geld genug übrig bleibt für Pulver und Blei, Gewehre und Kanonen, Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften, Pferde!

„Der Militarismus frisst alles!“

Deutsche Politik.

In Elsaß-Lothringen verboten. Auf Grund des Elsaß-Lothringischen Pressegesetzes ist die Verbreitung des Pariser „Matin“ in Elsaß-Lothringen verboten worden.

Das mußte dem Blatte jetzt passieren, da es auf einen Aprilscherz hineingefallen war. Es hatte die „Photographie“ einer Berliner Zeitung — ernsthaft wiedergegeben, auf welcher General v. d. Golz-Bascha vor dem deutschen Kronprinzen „eine Robbe Gurra rufen“ läßt. Das war doch sehr patriotisch vom „Matin“; und trotzdem!

Die Probe aufs Exempel. Im Posenener „Tageblatt“ appelliert ein Dr. de Roberti-Jessen an die Patrioten, die einmalige Heeresabgabe schon jetzt freiwillig zu entrichten. Er schreibt u. a.: „Um nun diese Vermögensabgabe dem Parteigeizig zu entziehen, was doch wohl bei der Verabschiedung des Gesetzes ziemlich sicher zu erwarten ist, wäre es am besten, wenn die durch das Gesetz zu erfordernden Beiträge schon vor der Beschlußfassung des Parlaments freiwillig zur Verfügung gestellt wären.“ Ein solches Verfahren würde die beste Befolgung des Beispiels unserer Vorfahren vor hundert Jahren sein und am meisten dem Kaiser zu danken, daß auch das Jahr 1913 ein Opferjahr sein möge, entsprechen. Dieser Weg würde auch allen eine Beteiligung ermöglichen, deren in dem Gesetz aus irgendwelchem Grunde nicht gedacht ist. Dem Gesetz würde dann nur noch die Aufgabe bleiben, die zu treffen, die in der Erfüllung ihrer wasserländischen Pflichten sich lässig gezeigt haben.“

Man darf wohl annehmen, daß alle wahren Patrioten sehr freudig in die Tasche greifen und ihr Opfer auf dem Altar des Vaterlandes darbringen.

Siebenhundertdreißigtausend Mann! Nach Annahme der neuen Heeresvorlage würde Deutschland fast 800 000 Mann unter den Fahnen haben. Der Bestand am 1. Oktober 1913 würde genau betragen 788 066 Mann, und zwar 31 237 Offiziere, darunter 441 Generale, 735 Regimentskommandeure, 3278 Stabsoffiziere als Bataillonskommandeure usw., 8179 Hauptleute und Rittmeister, 18 609 Oberleutnants und Leutnants; 2480 Sanitätsoffiziere, darunter 125 Generalstabsärzte, Generalärzte und Generaloberärzte, 487 Oberstabsärzte, 760 Stabsärzte und 1168 Oberärzte und Assistenzärzte; 865 Veterinäre, darunter 1 Generalveterinär, 34 Korpsstabsveterinäre, 381 Oberstabs- und Stabsveterinäre, 416 Oberveterinäre und Veterinäre, 33 Unterveterinäre; 1693 Oberzahlmeister und Zahlmeister; 2 Arzeneiunterspezialisten, 58 Werkstättenvorsteher usw., 1126 Waffnenmeister, Maschinisten; 110 Sattler; 107 794 Unteroffiziere, darunter 517 Obermusikmeister und Musikmeister, 1359 Unterzahlmeister, 2 Kartischiere, 161 Schirmermeister, 62 Luftschiff-Oberfeuerleute, Steuerleute und Unterfeuerleute, Luftschiff-Obermaschinenführer, Maschinisten und Untermaschinenführer, 6560 Feldwebel und Wachtmeister, 5939 Witzfeldwebel und Wachtmeister, 4352 Fähnriche, 79 406 Unteroffiziere, 6040 Oberbojnen, Bohnen und Trompeter, 660 Bataillonskambours, 2656 Sanitätsunteroffiziere; 647 703 Gemeine, darunter 9586 Kapitulanten, 2791 Obergewaltige, 70 057 Gewaltige, 2387 Sanitätsgewaltige, 558 550 Gemeine, 4478 Ökonomiehandwerker. Die Zahl der Dienstpferde soll sich auf 157 788 stellen.

Wie ziemt seine Militärausgaben bedt. Die „Nachrichten für Handel und Industrie“ bringen in ihrer letzten Nummer einen Auszug aus dem stammesrechtlichen Budgetbericht für das Jahr 1912/13. Aus interessiert vor allem folgende Stelle:

„Auf der Ausgabenseite beansprucht im neuen Budgetjahre hauptsächlich die Armee eine Erhöhung, und zwar um rund 1 013 000 Tital; die Gesamtausgabe für Armeezwecke stellt sich damit für das Jahr 1912/13 auf 12 102 196 Tital. (1 Tital = 1,56 M.). Die Red.“

Wendenswert ist, daß, wie schon im Budget des Jahres 1911/12 so auch in demjenigen des Jahres 1912/13 die Zivilliste des Königs um 1/2 Millionen Tital (= 234 000 M.) geringer bedient ist als im Jahre 1910/11. Ohne diese Kürzung würde die Balanzierung des Budgets wohl sehr erschwert worden sein.“

Somit der Bericht der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen „Nachricht für Handel und Industrie“.

Während man bei uns alle Militär- und Marineausgaben

dem arbeitenden Volke aufhakt, und die Zivilisten der Fürsten und Könige dauernd erhöht, nehmen die Siamesen, um den Etat zu balanzieren, eine Reduzierung ihres Potentaten vor. So etwas bringen auch nur die „Wilden“ fertig.

Ein Wut mit dem Saunpfahl gibt das „Bayerische Vaterland“ dem Zentrum. Es sei völlig klar, daß die Partei nicht mit einem Fiasko auf kirchenpolitischen Gebiet und neuen Steuern vor die Wähler hintreten könne.

Darum kein Wohlwollen und keine Gnade — sondern Recht und Freiheit. Hat der Reichstagsler nicht die Kraft, diese Elementarforderungen zu erfüllen, so kann es nur eine Lösung geben: Kampf bis zum Siege des Rechtes! Man bleibe also mit allen Bewährungen, die jetzt bei verschiedenen Dingen so billig wie Brombeeren zu haben sind, uns gefälligst vom Leibe. Das katholische Deutschland will nicht vom momentanen Wohlwollen abhängig sein, sondern verlangt gesetzliche Gleichberechtigung. Nachdem das Zentrum die mannhafte Erklärung vor Weihnachten abgegeben hat, weiß man in allen Kreisen, daß sein gesamt-politischer Einfluß bei der Regierung, den Parteien und der Wählerschaft damit verpöndet worden ist. Mit solchen Worten wird nicht getändelt und nicht gespielt, sondern da muß es bis zur letzten Konsequenz kommen. Da können nicht Rücksichten auf einen Wahlkreis oder andere sonst genannte Gesichtspunkte entscheidend sein.

Fällt dem Zentrum gar nicht ein, es hat ja nur Komödie gespielt, wie schon oft.

Ausland.

Russland. Gefängnisgruel. In Piatigorsk hat die Sanitätskommission bei Besichtigung des Gefängnisses grauenhafte Zustände entdeckt. In einer Kammer, die für fünf Arrestanten bestimmt war, wurden 39 gehalten. Infolge der doppelten Luft ist ein Arrestant am Erstickungstode gestorben. Alle Inhaftierten sind mager und darmskrank, mehrere liegen am Fieberbette darnieder. Die Kammer waren ständig abgedunkelt, die Ausgabe von Leibwäsche wurde den Arrestanten systematisch verweigert.

Amerika. Niederlagen des Frauenstimmrechts. Der Senat von Missouri hat das Verfassungsamendment zugunsten der Frauen mit 16 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Es wurde zwar noch dem Ausschuss zugewiesen, doch vertagte sich der Landtag vor Erledigung. — In Nebraska wurde im Abgeordnetenhaus das Amendement mit 61 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Das ist der erste Weisheit, der sich ablehnend zeigt. Doch zeigt das Stimmenverhältnis, daß es sich hier nur um eine kurze Verlangung der Frage handelt. Die Frauen wollen sich organisieren und dafür sorgen, daß die Frage im nächsten Jahre zur Volksabstimmung kommt. — Eine Deputation von Frauenrechtlerinnen suchte den Präsidenten Wilson auf, um ihn für die Aufnahme des Rechts in die Bundesverfassung, also für die Wahlen zum Kongress und die Präsidentenwahl, zu gewinnen. Wilson empfing die Damen sehr freundlich, war aber nicht zu einer bestimmten Erklärung zu gewinnen.

Badische Politik.

Das Ziel der Waderpolitik.

Wird von der „Bad. Landeszeitung“ wie folgt charakterisiert:

„Wader hat eben niemals Parteien um ihrer selbst willen bekämpft. Sein Ziel ist und bleibt die Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung seit 1860“, mit anderen Worten die Zerföhrung des „neuen Baden“ mit der scharf ausgeprägten Staatshoheit auch in Kirchen- und Schulfragen, wie es Großherzog Friedrich I. in langjähriger und treuer Zusammenarbeit mit unserer Partei geschaffen hat. Das kann heute, wo die Konserwativen sich dem Liberalismus völlig verschrieben haben, nur noch vom Grobholz verhindert werden. Gelingt es Wader, ihn zu sprengen, so treten mit automatischer Sicherheit langsame Zustände ein, die Wader wünscht. Der badische Staat wird dann post festum zu seinem Kanoffgang gelangt, und Herr Wader wird dann, wenn er die Sozialdemokratie nicht mehr als Popanz braucht, vielleicht wieder zu seiner alten Liebe zurückkehren und als Demokrat sein politisches Leben beschließen, wie ers begonnen hat.“

Wader war in seinem ganzen Leben nie ein Demokrat; die „Demokratie“ war für ihn nur Mittel zum Zweck. Im übrigen ist die Auffassung, daß Wader die Parteien nie um ihrer selbst willen bekämpft, zutreffend. Die seit 1905 vom Zentrum betriebene Hege gegen die „umstürzlerische“ Sozialdemokratie ist eine bodenlose Heuchelei.

Regierung hilft!

Der „Badische Beobachter“ schrieb dieser Tage: „Braucht es noch weitere Beweise dafür, daß der Nationalliberalismus in Baden heute nichts anderes ist als der Knecht, der Hürge und Zutrreiber der Sozialdemokratie? Und angesichts dieser Dinge brachte es kürzlich noch die „Strasburger Post“ fertig, sich künstlich aufzuregen, weil in der Zentrumspreffe auf die Gefahren verwiesen wurde, die aus den derzeitigen Verhältnissen auch der Monarchie erwachsen. Trotzdem aber hat die Frage ihre Berechtigung: Und was sagt die großherzoglich badische Regierung dazu? Mit Recht sagte die „Köln. Volkszeitung“: Zentrum und Konservativen werden gut tun, sich schon jetzt auf die unerwartete Lage einzurichten und dem Volke die Frage vorzulegen, welche die Regierung nicht stellen will: Für oder gegen die Monarchie?“

Der Artikel erschien vor dem 1. April.

Sehr unangenehm

ist der „Freib. Tagespost“ die Erklärung des katholischen Stadtpfarrers von Emmendingen, durch welche festgestellt wurde, daß das genannte Blatt eigenmächtig das katholische Stadtpfarramt in Emmendingen als Abonnement-Agentur bezeichnete. Die „Tagespost“ sucht sich damit zu rechtfertigen, daß sie die Schuld ihrer Expedition in die Schuhe schiebt. Dann schreibt sie weiter:

„Aus dem Vorkommnis deshalb prinzipieller Natur zu ziehen, wie es die gegnerische Presse beliebt, ist demnach völlig haltlos. Wenn übrigens die Presse der 157er noch ein jektives Denkbemühen besäße, würde sie aus einer solchen Mäde keinen Elefanten machen und sich vor allem sagen müssen, daß doch die Zentrumsparthei nicht verantwortlich gemacht werden kann für das, was in irgend einer Zeitungs-Expedition einmal durch Irrtum oder Mißverständnis geschieht. Wenn die Rotblodpreffe aus einem solchen Vorkommnis Beweise für den konfessionellen Charakter des Zentrums herleitet, so spekuliert sie dabei auf die Urteilslosigkeit und Denkschwäche ihrer Leser, die schon ans Grenzenlose reicht.“

An die Denkschwäche appelliert in diesem Falle die „Freib. Tagespost“, die doch ganz genau weiß, daß ihr Fall nicht der einzige dieser Art ist. Es liegt hier auch kein Irrtum oder Mißverständnis vor, denn die Expedition der „Freib. Tagespost“ hätte sicher nicht ein solches gedrucktes Exemplar einer Abonnementauforderung mit der Angabe, daß das Parramt das Abonnement entgegennimmt, hinausgehen lassen, wenn nicht in so und in vielen Fällen das Parramt die Abonnement-Agentur für die Zentrumspreffe wäre. Das Zentrum ist und bleibt in erster Linie eine konfessionelle Partei, daran ändern alle Ablehnungsversuche der Zentrumspreffe nichts.

Ein Demont.

Gegenüber Blättermeldungen, es ständen in letzter Zeit Veränderungen in der Besetzung des Kollegiums des Unterrichtsministeriums bevor — es war davon die Rede, Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Ernst v. Sallwürf, und Geh. Rat Dr. E. Oster beabsichtigten demnächst in den Ruhestand zu treten, — teilt die „Karlsruher Ztg.“ heute halbamtlich mit, daß diese Nachrichten unzutreffend seien.

Na nu!

Erleichterung des Viehtransports.

In den nächsten Tagen wird, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus Karlsruhe berichtet, auf Grund des gegenwärtigen Standes der Maul- und Klauenheuche in Baden, das zur Zeit ganz frei von dieser Seuche ist, ein Erlaß veröffentlicht werden, wonach die im § 18 der badischen Vollzugsverordnung vom 29. April 1912 zum Reichs-Viehseuchen-Gesetz geforderten Ursprungszeugnisse für Handels- und Marktvieh in Wegfall kommen.

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Wöhrl.

6

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Schon war ich zum Dorfe hinaus, hörte ich, wie hinter mir gerufen wurde. Ich beachtete es nicht und tippelte weiter. Da kam ein Feldgendarm geritten, packte mich am Stragen und nahm mich mit. Er führte mich zur Bürgermeisterei. Alle Zimmer waren voller Offiziere. Ich wurde in ein Nebengeläß zu drei Herren gebracht. Einer redete mich deutsch an und sagte, durch meine Aufzeichnungen auf der Straße hätte ich mich als Spion verdächtig gemacht; er rate mir, einer Durchsuchung meiner Sachen nichts in den Weg zu stellen. Meine Antwort war, ich wüßte von nichts. Er zuckte nur die Achseln. Zwei Sergeanten durchsuchten mich und nahmen mir alles ab. Sogar das Hemd zogen sie mir aus und wendeten es effliche Male hin und her. Darauf kam ich ins Spritzenhaus, das hie die Stelle des Arrestes vertrat. Wie ich durchs Wohnzimmer ging, schauten mich alle an und einer sagte: Er ist noch sehr jung! Die Straße war voller neugieriger Leute, alle wollten den deutschen Spion sehen. Die Kinder schrien in einem fort: säle cochoon prussien! Am Abend erhielt ich Essen und Wein. Später brachte mir ein Soldat eine Schütte Strah, das war mein Bett. Als er forging, sah ich vor der Türe zwei Schildwachen stehen; beide hatten aufgeschlunzt. Ich machte mir aber keine Sorgen.

In aller Herrgattsfried wurde ich herausgeholt und bekam meine Sachen wieder. Der Gendarm sagte mir, ich solle mich so schnell als möglich aus dieser Gegend scheren. Den Reim darauf machte ich mir selber. Ich ging, ohne mich groß umzuschauen. Als mich hungerte, schnitt ich einen Haffelstod ab und schlug damit Keffel von den Wänden, wie ichs zwei Tage vorher von den anderen gesehen hatte.

Zum Ueberrachten fehlte mir das Geld. Ich beschloß, eine Platte zu reihen. Der Zufall war günstig. Kurz vor einem Städtchen sah ich auf dem Friedhof eine Kapelle stehen, die mir geeignet schien. Ich wartete die Dunkelheit ab, und als weit und breit kein Mensch mehr zu sehen war, überstieg ich das Kapellengitter und legte mich neben einen Steinhaug auf den Boden. Mitten in der Nacht weckte mich ein müßtes Geheul. Der Friedhof lag taghell, die Grabsteine waren pures Silber und warfen lange Schatten. Vor dem Gitter stand ein großer Bernhardiner, der heulte bald mich, bald den Mond an. Erst glaubte ich, zu träumen. Doch pfezte ich mich einige Male ins Bein und da es weh tat, merkte ich, daß doch alles Wirklichkeit sein müsse. Aber dann dachte ich wieder, vielleicht hast du eine Erschrenung. Zwar an Gelpenster glaubte ich nicht, doch besser ist besser, so betete ich in der Eile ein Sprüchlein, das ich noch von der Großmutter selig her wußte. Ich sprach mir selber Mut zu, sagte: Alle guten Geister loben den Herrn, packe meinen Steden und schlug mit aller Gewalt durchs Gitter hindurch, dem Hund auf die Schnauze. Der stand einen Moment lange totensill; dann schnellte er auf und faufte davon. Sein Gemaunze hörte ich noch lange. Mit dem Schläse wars vorbei; nachträglich jagte eine Gänsehaut die andere. Ich stieg aus der Kapelle heraus und ging an den schweigenden Gräbern vorbei der Landstraße zu. Bei Tagesanbruch war ich ein gutes Stück weiter.

Die Sonne stand hoch, ich dachte bereits daran, unterzuliegen, da sah ich auf der Straße einen kleinen Gendarm stehen. Nicht weit davon im Baum Schatten sah ein verkrüppeltes Männlein und ab. Ungeheßen bot es mir aus seiner Eiderlaffe zu trinken an. Bald saßen wir so fiddel zusammen, als kennen wir uns schon jahrelang. Ein Wort gab das andere, ich erfuhr, daß Bettheim ein Belgier sei und sich hier mit Hausieren und recht durchschlage. Aus der einen Eiderlaffe wurden zweie, als diese leer waren, kam noch eine dritte und eine vierte daran. Bei der fünften versprach ich ihm, sein Compagnon zu werden. Bettheim wußte in der Nähe eine Ferne, wo wir unsere Mäcke ausschlagen konnten. Mitten in der Nacht fina der

Belgier an zu brüllen: „Zu Hüffe! Es liegt ein Kote neben mir, ich spüre schon seinen Fuß!“ Es kostete mich Mühe genug, ihm diesen Wödhinn auszureden. Frühmorgens kaufte uns der Bauer einige Kleintgkeiten ab; ich schob den Karren weiter; von einem Ort gings in den anderen. Das Geschäft blühte; den Bauerweibern konnte der Krüppel alles auflösen. Es gab auch Abwechslung. Hochgeschirr hatten wir im Karren, Schmalz war billig, und wo der Kleine einem Huhn oder einer Gans den Hals abbrechen konnte, besann er sich nicht zweimal. Darin war er Meister. Das Kupfen und Ausnehmen war meine Sache. So kamen wir zu manchem schönen Braten. Trafen wir Wirtschaften, die Gäste hatten, ließen wir den Karren stehen; ich spielte drin auf, der Belgier kammelte ein, ging aber von keinem weg, bevor er etwas hatte. Diese Einnahmen teilten wir.

Die Bauern hatten eine hündische Freude, wenn sie Bettheim recht betrunken machen konnten. In solchen Stunden verschwozte er sich oft und ich kam dahinter, daß sein Hausierhandel nur ein Mittel war, unauffällig falsches Geld unter die Leute zu bringen. Dies gelang ihm leicht; wir waren ja täglich in anderen Ortschaften. Hin und wieder zeigte er mir lachend eine Zeitung, worin stand, daß es und da falsches Geld eingenommen worden sei. Auf meine Vorstellungen grinte er nur: Die Hohlköpfe und Untertüschler kriegen mich nicht. Ich müßte nicht Bettheim sein.

Diese Wahrnehmungen toten ihre Wirkung auf mich. Während der Kleine einen feiner Gemalträufche ausschälte, stiefelte ich davon. Untertwegs stieg ich in einem Weinberg den reifen Trauben nach und kam dabei mehr und mehr von der Straße ab. Schließlich fand ich ein verlassenes Landhäuschen. Ich rief; niemand gab Antwort, ich ging hinein. Keine Türe war ganz, von Fensterrahmen und Läden sah ich keine Spur mehr, in den Zimmern hingen die Tapeten und Verkleidungen feherweise herunter. Der Garten aber war in Ordnung. Das wunderte mich; umso mehr, als nirgends Obst abgepfückt war. Die Stachel- und Johannisbeeren waren überreif, die Zuckerplausen und Frühbirnen lagen haufenweise auf der Erde und sauren. Mir gefiel der Platz ausnehmend und ich richtete mich im



Staatliche Unterstützung von Automobilisten.

Der „Frankf. Hg.“ wird aus Karlsruhe geschrieben: Die Regierung wird, wie verlautet, dem nächsten Landtage eine Denkschrift über die staatliche Unterstützung von Automobilisten vorlegen.

Aus dem badischen Schulwesen. 79 Jüglinge des 6. Kurjes des Lehrerseminars II in Karlsruhe sind nach bestandener Abgangsprüfung unter die Volksschulstandkandidaten aufgenommen worden.

Jugendbewegung.

„Die Arbeiterjugend und ihre Welt.“ Ein Buch, das alte und junge Arbeiter zusammenführen soll. So nennt sich eine 100 Druckseiten starke, gut ausgestattete Schrift.

Zur Tarifbewegung im Bau-Gewerbe.

Am Samstag, 29. März, und am Montag, 31. März, fanden Versammlungen der Bauarbeiter in Karlsruhe und Durlach statt, die einen überaus starken Besuch aufwiesen.

Der Vorsitzende Kollege Philipp streifte in seinem Bericht die Vorgänge bei den zentralen Verhandlungen und wies darauf hin, daß die Unparteilichen am 12. März den Parteien einen Hauptvertrag und die Fassung der abzuschließenden Ortsverträge vorgelegt haben.

Der „Frankf. Hg.“ gegenwärtigen Tagen, das zur Veröffentlichung gelangte Verordnungs-Gesetz handels- und gewerblichen Zweigen.

Theater und Musik.

Schillers „Räuber“ auf historischem Boden. Auf der Höhe über Stuttgart, im Papierwald, wo heute noch Baum- und Wägenamen an Schiller gemahnen und wo der Dichter sein Erstlingswerk im Kreise der Freunde von der Karlschule vorgetragen hat.

Kleines feuilleton.

Aus der Wappe eines Richters. Im Neuen Wiener Tagblatt erzählt Dr. Gustav Fehler ein paar späßhafte Geschichten aus der Gerichtspraxis.

Ein Möbelpacker war zur Ausgiebigkeit als Zeuge vorgeladen. Nach Beendigung des Verhörs verlangt er eine Zeugengebühr von 24 Kronen.

handlungen und wird nun abzuwarten sein, welches Resultat durch die jetzt im Baugewerbe geführten Verhandlungen erzielt wird.

Bezüglich der Forderungen stellte sich der Redner auf den Standpunkt, daß es Aufgabe der Verhandlungen selbst sein muß, die Forderungen aufzustellen und daß die Lohnkommission verpflichtet werden muß, den in der Verhandlung geäußerten Wünschen der Kollegen bei den Verhandlungen Rechnung zu tragen.

Die am 29. März 1913 in Karlsruhe und am 31. März in Durlach tagende Versammlung der Maurer, Zementere und Bauhilfsarbeiter nehmen Kenntnis von dem Gang der zentralen Verhandlungen und sind in jeder Beziehung mit der Haltung des Aktionsausschusses einverstanden.

Im weiteren wird die Lohnkommission durch die Versammlung einmütig beauftragt, eine neunstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung zu fordern und bei den Verhandlungen zu vertreten.

In der darauffolgenden Diskussion wurde von allen Rednern die neunstündige Arbeitszeit für das ganze Baugewerbe als Forderung erhoben.

Nachdem Kollege Philipp im Namen der Lohnkommission erklärt hatte, daß diese mit aller Energie den Wünschen der Kollegen bei den am Freitag, 4. April, in Karlsruhe stattfindenden Verhandlungen Rechnung tragen wolle, wurde in Karlsruhe die Resolution mit großer Mehrheit und in der Versammlung in Durlach einstimmig angenommen.

Gewerkschaftliches.

Zur Einführung des neuen Tarifvertrags in den Brauereien. Der Syndikus Dr. Huber teilt mit, daß die neuen Löhne vom 1. April ab ausbezahlt werden und die 1/2stündige Arbeitszeit beibehalten wird.

Der Zentralverband der Fleischer im Jahre 1912. Zu den äußerst schwierigen Agitationsverhältnissen, mit denen der Zentralverband der Fleischer bei seiner Ausbreitung zu kämpfen hat, trat im Jahre 1912 — als Folge unserer großparitätischen Schutzpolitik — eine scharfe wirtschaftliche Krise durch die Viehplage hinzu.

Der Zeuge: „I muß, mi aber a mehr plagen als mia So, kaiserlicher Herr Mat.“

Bei der Hauptverhandlung wird dem Angeklagten vorgehalten, daß er alljährlich nach Karlsbad ging und den Rest des Sommers bei seiner Familie in Aussee zubrachte.

Eine Diebstahlsaffäre steht zur Verhandlung. Der Angeklagte leugnet, sich an dem Diebstahl beteiligt zu haben und behauptet, das gestohlene Leder, mit dem er in der Nacht von einem Bachmann betroffen wurde, von einem Unbekannten mit dem Auftrag erhalten zu haben, es auf den Weidinger Bahnhof zu tragen.

Vorsitzender: „Na, ja, das ist dieser bekannte Unbekannte mit zwei Füßen, einer Nase und einem Schnurrbart, auf den ich alle ausgeben.“

Vorsitzender: „Na also, da kommen wir ja vielleicht darauf, wer es ist. Wie hat er denn ausgesehen?“

Der Angeklagte zögert mit der Antwort.

Vorsitzender: „Na, fürchten Sie sich vielleicht vor ihm! Sagen Sie's nur grad heraus, wie er aussah.“

Der Angeklagte: „Einschuldigen, Herr Vorsitzender, sind Sie nicht böse, er hat grad a so ausgschaut wia a So...!“

Ein Zeuge erzählte in einer anderen Sache: „Der Angeklagte schlief am Tisch ein; da ich das in meinem Lokale nicht dulde, verjagte ich ihn zweimal zu wecken, er aber schlief in der freiesten Weise weiter.“

Die Flugmaschine am Südpol. Der französische Leutnant Monard, der schon verschiedentlich als Aviatiker hervorgetreten ist, will sich einer Südpolexpedition anschließen.

Trotz dieser widrigen Verhältnisse steigerte die Organisation ihre Mitglieder im Jahresdurchschnitt von 4765 auf 6173, nach den Adressenlisten von 5454 auf 6502.

Die hauptsächlichen Ausgaben sind: Reichsschatz 3084 M., Reiseunterstützung 1310 M., Erwerbslosenunterstützung 18 944 M., Nachregelungsunterstützung 665 M., Sterbeunterstützung 405 M.; die Ortskassen zahlten zu den Unterstützungen noch 1773 M.

Auch auf dem wichtigsten gewerkschaftlichen Gebiete: Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat der Verband trotz der Krise mehr geleistet als je ein Jahr zuvor.

Die ratierten und bezopferten Innungsführer können der Massenbewegung Gefellensorganisation die Agitationsarbeit manchemal wohl sehr ersparen, aber aufhalten können sie sie nicht.

Kommunalpolitik.

Bürgerausschüsse in Grünwettersbad.

h. Drei Punkte standen in der am 19. März stattgefundenen Sitzung des Bürgerausschusses zur Beratung. 1. Der Vorschlag für 1913. 2. Aufhebung des Beschlusses von 1910, betr. außerordentlichen Holzablass zum Schulhausbau.

Der Vorsitzende sagte zu, erklärte aber, daß er zuerst die Genehmigung des Gemeinderats haben müsse. Sie richteten deshalb einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag an den Gemeinderat.

Der Vorsitzende sagte zu, erklärte aber, daß er zuerst die Genehmigung des Gemeinderats haben müsse. Sie richteten deshalb einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag an den Gemeinderat.

Der Vorsitzende sagte zu, erklärte aber, daß er zuerst die Genehmigung des Gemeinderats haben müsse. Sie richteten deshalb einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag an den Gemeinderat.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.) Soeben ist im Verlag von J. S. B. Dieckhoff, G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: Marxistische Probleme.

Inhaltsverzeichnis: I. Das formalphilosophische im historischen Materialismus. — II. Die Dialektik bei Hegel und Marx. 1. Die Dialektik bei Hegel. 2. Die Dialektik bei Marx.

Der Verfasser sagt im Vorwort unter anderem: Die folgende Sammlung von Aufsätzen, welche sich mit einer Erörterung der erkenntnistheoretischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus beschäftigen, ist hoffentlich nicht nur durch den langgehegten Wunsch des Autors gerechtfertigt, seine älteren, in verschiedenen Zeitschriften veröffentlichten Aufsätze gesammelt zu sehen, um sie zu einer größeren Beachtung zu verhelfen.



den. L. den Rat, er solle lieber in seinem Knecht bleiben, anstatt sich aufs Rathaus wühlen zu lassen, wenn er solche Aufsicht von seinem Amte habe. — Unsere Genossen erklärten sich schließlich doch mit der sofortigen Erledigung des Punktes einverstanden. Der Vorschlag wurde dann verlesen und zur Beratung gestellt. Gen. B. A. M. ging auf einzelne Punkte ein und erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen den Vorschlag stimmen werde, wegen der rücksichtslosen Behandlung, die ihr von Seiten des Gemeinderats widerfahre. Auch von bürgerlicher Seite wurde die Ansicht geäußert, daß wir nicht recht hätten, wenn wir in die Gemeindegewalt einen Einblick nehmen wollten, denn man wolle nicht nur etwas hören, sondern auch etwas sehen. Gegenüber dem Einwand eines Gemeinderats, daß eine Abschrift 2 Mk. koste, erklärte Gen. M., daß nach Ausführungen des Bezirksrats die Seite 15 75 Pf. koste, der ganze Vorschlag also nicht 2 Mk., sondern, da er 30 Seiten umfasst, 4,50 Mk. Gen. C. drückte sein Einverständnis darüber aus, daß der Gemeinderat offenbar nicht im Besitze einer Gemeindevorlage sei, aber, wenn eine solche vorhanden, dieselbe nicht lese, es könnten sonst unangenehme Dinge vorkommen. Der Vorschlag wurde sodann mit 24 gegen 19 Stimmen abgelehnt. — Bei Punkt 3: „Ersatzwahl“, errangen wir noch einen Erfolg. Es erhielten H. Köfler 19 Stimmen und Ortsdiener Frühlich 18 Stimmen. Köfler, unser Kandidat, ist somit gewählt, wir haben nunmehr 11 Sitze. (Der 2. Punkt wurde ohne Debatte angenommen.)

Am 24. März fand dann wieder eine Sitzung statt. Dieses Mal konnte man aber wirklich von einer Vorschlagsberatung sprechen und nicht von einer Unterbreitung zur Genehmigung, wie es früher der Fall war. Unsere Fraktion hatte den Vorschlag gründlich durchberaten und zu verschiedenen Punkten Stellung genommen. Der Vorschlag wurde nun angenommen. Die Umlage erfährt eine Erhöhung um 12 Pfg. von 63 Pfg. auf 75 Pfg. Es ist dies für die hiesige Gemeinde ein sehr hoher Satz, der sich noch erhöhen wird in den nächsten Jahren, wenn nicht andere Einnahmequellen erschlossen werden können.

Offentlich zieht die Gemeindeverwaltung aus den Erfahrungen der diesjährigen Vorschlagsberatung auch die nötigen Lehren und handelt künftig danach. Vielleicht kommt es dann auch bald so weit, daß jedem Bürger aus dem Vorschlag der Vorschlag auf Gemeindefürsorge unterbreitet wird. Unsere Fraktion hat auf jeden Fall gezeigt, daß es ihre erste Pflicht ist, den übernommenen Pflichten, daß sie nur auf die Förderung und das Wohl der Gemeinde bedacht ist.

Forstheim, 3. April. Nächsten Samstag Abend findet die Vorschlagsberatung im Bürgerausschuß statt. Das große Interesse, das dem diesjährigen Gemeindefürsorgeabschluß entgegengebracht wird, (die Mehrheit des Gemeinderats ist bekanntlich sozialdemokratisch) ist wohl erklärlich. Auch die Fraktion beschäftigt sich heute Abend in einer Sitzung im Saale der „Linde“ mit dem Vorschlag. Es ist Pflicht der Genossen, vollständig zu erscheinen; auch die Wahlvereinsmitglieder sowie Volksfreundleser sind hierzu freundlich eingeladen.

**Aus der Partei.**

**Quertreiberien.**

Am verflorenen Freitag nahm eine Stuttgarter sozialdemokratische Demonstrationsversammlung folgende Resolution an:

Die Versammlung baut darauf, daß die Sozialdemokratie die neuen Verordnungen und Bedingungsverträge — auch wenn sie durch eine hohen Weisheit bezweckt werden sollen — prinzipiell ablehnt, entsprechend ihrem Grundsatz: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

In dem Manifest der französischen und deutschen Sozialisten gegen Kriegswahnsinn vom 1. März 1913 heißt es aber:

Wenn trotz ihres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälgt werden.

Eine ähnliche Erklärung hat vor Monaten Genosse Reichstagsabg. Wurim im Namen unserer Fraktion in der Budgetkommission des Reichstags abgegeben. Es heißt die ohnehin nicht leichte Position unserer Reichstagsfraktion nur schwächen, wenn man ihr jetzt, wie es in Stuttgart geschieht, in den Rücken fällt. Das Schwadronieren mit dick aufgetragenen Kraxen bringt uns im Kampf gegen den Militarismus keinen Schritt vorwärts. Jetzt heißt es den Stier bei den Hörnern fassen.

Eine peinliche Falschmeldung. Die „Leipziger Volkszeitung“, die sich aus Baden schon verschiedentlich Klärbewegungen über unsere parteipolitischen Verhältnisse in Baden berichten ließ, brachte in der Sonntagsnummer eine längere Notiz, in der über ein Wiedersehen des Gen. Luz in Baden-Baden berichtet wurde. Die Notiz trug die Überschrift „Der rote Apollon“ und dürfte sogar zu erzählen, daß der „rote Apollon“ im Ornatorium zu Baden-Baden von der Flakme entführt worden sei; es sollte also nur noch die Aufklärung der gehaltenen Waise sein. Gen. Luz ist zwar schwer erkrankt, er lebt aber glücklicherweise noch. Da jedoch infolge der Falschmeldung bereits verschiedene Kondolenzschreiben bei der Familie des Totgesagten eingelaufen sind, ist der Vorfall unter den vorliegenden Umständen für die Angehörigen im höchsten Grade peinlich.

In der gestrigen Ausgabe bringt die „Leipz. Volkszeitung“ folgende Berichtigung:

Eine falsche Meldung. Mit der in der Sonnabendnummer gedruckten Parteinotiz, die den Tod des Genossen Theodor Luz in Baden-Baden meldete, sind wir leider einer Falschmeldung unseres Berichterstatters zum Opfer gefallen. Genosse Luz ist zwar, wie uns aus Karlsruhe mitgeteilt wird, schwer erkrankt, aber glücklicherweise noch am Leben. Wir bedauern diese leichtfertige Berichterstattung ganz außerordentlich und hoffen, daß sich an dem Genossen Luz das Sprichwort bewahrheiten möge, daß bereits Totgesagte noch ein langes Leben vor sich haben.

Vielleicht zeitigt der Vorfall das Gute, daß die Redaktion der „Leipz. Volkszeitung“ auch die sonstigen Zuschriften ihres badischen Berichterstatters etwas genauer prüft.

Bchl. Am Sonntag, 30. März, sprach Genosse Dr. Franz Mannheimer in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Lebensfragen des deutschen Volkes“. Schon zur festgesetzten Zeit war der ungefähre 800 Personen fassende Saal bis auf den letzten Platz dicht gedrängt voll. Viele Nachzügler mußten wieder umkehren. In seinem oft durch Weisfall unterbrochenen Vortrag unterzog Genosse Franz die neue Militärvorlage einer zutreffenden Kritik. Die Folgen, die diese Vorlage im Ausland gezeitigt hat, beweisen am besten die Nutzlosigkeit dieses

wahnsinnigen Vertrages. Wenn auch diesmal zur Deckung eines Teils der Vorlage die großen Vermögen herangezogen werden sollen, so wird man doch auf irgend eine Weise versuchen, den größten Teil wiederum auf die arbeitende Bevölkerung abzumäzen. Stürmischer Beifall lobte dem Redner seine trefflichen Ausführungen. Nachdem sich zur Diskussion niemand zum Wort meldete, konnte der Vorsitzende nach Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder in die Partei die Versammlung schließen.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 2. April.

Am Bundesratsitz: Niemand. Präsident Dr. Kämpf eröffnet 2,20 Uhr die Sitzung und begrüßt die Abgeordneten nach der Osterpause. Sie seien zu ernster Arbeit zwecks Lösung hochwichtiger, tief einschneidender Fragen zusammengekommen. Der Präsident gedenkt sodann des verstorbenen Fürsten Heinrich XIV. von Preußen, dessen Andenken das Haus in Ehren halten werde. Daraus machte er dem Hause Mitteilung, daß er anlässlich des stückwürdigen Anfalls auf den König der Hellenen dem griechischen Geschäftsträger das Mitgefühl des Hauses zum Ausdruck gebracht und dieser ihm in warmen Worten gebannt habe. Weiter gedenkt der Präsident des schweren Unglücks in einem Teile Nordamerikas. Das deutsche Volk nehme schmerzlichen Anteil an der Heimjüngung des befreundeten Volkes.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei betreffend Verbot der Errichtung von Fideikommissen und Auflösung bestehender Fideikomnisse.

Abg. Guthrie (F. Vp.): Die Errichtung von Fideikommissen ist die unbedeutendste Einrichtung, die der moderne Staat hat. Sie widerspricht der Verfassung nach unserer Auffassung vollkommen. Ihre Aufrechterhaltung wird damit gebündelt, daß der Familiensinn erhalten werde. Nichts ist falscher als dies und es widerspricht mehr dem Gemeinwohl, als wenn ein Einzeler vor den übrigen Familienmitgliedern bevorzugt wird. Die Folge der Fideikommission ist, daß der Inhaber die übrigen Familienglieder zu unterhalten verpflichtet ist und in 3 Generationen das Vermögen nur durch eine reiche Erbschaft erhalten werden kann. Dazu kommt der große wirtschaftliche Nachteil, daß der durch die Fideikommission festgelegte Grund und Boden dem freien Grundstücksverkehr entzogen und der schärfste Bauerstand immer mehr zurückgedrängt wird. Auch hindert das Fideikommiss die Urbarmachung der Moore. Der Besitzer muß, wenn er mehrere Kinder hat, das Geld für diese aufsparen. Der Einwand, die Fideikommissionserhebung unterliege nicht der Kompetenz des Reichstages, ist nichtig. Wir müssen das reine Verbot der Fideikommission herbeiführen. Es ist die höchste Zeit, daß der Reichstag hier energisch vorgeht. (Beifall.)

Abg. Hirtl (Soz.): Im Interesse der Ernährung des Volkes ist es im höchsten Grade bedauerlich, daß zahlreiche Grundbesitzer die in der Nähe ihrer Wohnungen liegenden kleinen Grundstücke aufkaufen und ihren Gütern einverleiben. Bestehende Fideikommissionen sollen nicht erweitert werden können. Der Grundbesitz hat nicht die wirtschaftliche Bedeutung, die ihm zugeschrieben wird. Er dient nur zur Bereicherung Einzelner und zur Auszehrung des Volkes. Eine gründliche Aenderung dieser Verhältnisse ist notwendig. Wir stimmen dem Antrag zu.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): In früheren Reichstagsberatungen ist die Beibehaltung des Fideikommisswesens für eine Notwendigkeit gehalten worden. Die ganze Frage gehört nicht zur Kompetenz des Reichstages. Missstände infolge allzu großer Ausdehnung des Fideikommisswesens haben sich nur in wenigen Teilen der preussischen Monarchie gezeigt. Wir halten deshalb den freisinnigen Antrag für überflüssig.

Abg. Thoma (natl.): Der Zeitpunkt, die Materie der Landesgesetzgebung zu nehmen und sie der Reichsgesetzgebung anzugliedern, ist gekommen. Das allgemeine volkswirtschaftliche Interesse verlangt die Aufhebung der Fideikommissionen oder wenigstens deren Einschränkung. Eine Beibehaltung der Fideikommission führt zur Verödung des flachen Landes. Wir stimmen für den Antrag.

Abg. Dietrich (kon.): Verbesserungen im Fideikommisswesen sind gewiß wünschenswert. Nachteile und Uebelstände, namentlich in sozialer Beziehung, wollen auch die Freunde des Fideikommisswesens beiseite lassen. Alle Argumente, die hier geltend gemacht sind, sprechen nicht dafür, daß die Reichsgesetzgebung in Tätigkeit gesetzt werden müsse. Dem Aufkauf von Bauerntümern ist dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß eine gutachtliche Ausherrung der Besitztümer vorgeschrieben ist. Auch von uns wird anerkannt, daß es richtig ist, die übermäßige Bindung von Grund und Boden zu verhindern. Die Selbstverpflichtung des Besitzes ist und bleibt die Hauptsache. Für die Fleischversorgung hat der Grundbesitz eine erhebliche getan. Eine gesunde Mischung von Groß- und Kleinbesitz wollen auch wir; aber das Institut der Fideikommission soll aufrecht erhalten bleiben.

Abg. Dove (Kath. Volksp.): Die Frage der Volkskernbildung findet dadurch ihre Lösung, daß der Grundbesitz nicht gebunden ist. Jeder soll nur soviel Grundbesitz haben, als er selbst betriebsfähig kann.

Abg. Bernstein (Soz.): Das Institut der Fideikommission soll beseitigt werden, weil es sich überlebt hat. Darauf wird der Antrag in einfacher Abstimmung mit geringer Mehrheit angenommen.

Morgen 2 Uhr: Rechnungssachen, Wahlprüfungen, Petitionen. Schluß 7,47 Uhr.

**Der Tarifabschluß mit dem Mittelbadischen Brauereiverband.**

Nach viermonatiger Unterhandlung von mehr als 30stündiger Dauer kam ein neuer vierjähriger Tarifvertrag mit den Verbandsbrauereien zustande. Im Gegensatz zu den Verhandlungen im Jahre 1910, wobei es den Brauereien hauptsächlich um die Bierpreiserhöhung zu tun war, wurden diesmal die Unterhandlungen fast ausschließlich nur durch den Syndikus Herr Dr. Huber geführt. Nur im letzten Moment, als die Situation eine kritische wurde, erschienen auch einige der Herren Arbeitgeber. Die Brauereiarbeiter hatten die Vorgänge vom Jahre 1910 nur noch zu gut in Erinnerung und würden sich auf keine Verzögerung des Tarifabschlusses über den 1. April hinaus eingelassen haben. Die Parole lautete: „Ohne Tarifabschluss keine Einigung in Frage gestellt“ und zwar, wie die Brauereien behaupteten, infolge der „enorm hohen Forderungen der Arbeiter“. Es mag daher erwähnt werden, daß die in dem eingereichten Tarif enthaltenen Forderungen unter dem gültigen Tarif der Mannheimer Brauereien standen, was aus den zurückgeliebten Verhältnissen in Karlsruhe erklärlich erscheint. Also kann von „zu hohen Forderungen“ wohl nicht gesprochen werden. Auch die aus dem Mittel-

badischen Brauereiverband ausgeschiedenen Brauereien liegen sich vor der Erledigung der Tariffrage mit dem Ring weder auf eine Unterhandlung, noch auf einen Tarifabschluß ein. Eine Brauerei, welche sonst scheinbar besonders schlecht auf den Verband der Brauereien zu sprechen ist, teilt mit, daß sie nicht durch einseitige Verhandlungen und Beschlüsse den anderen Brauereien in den Rücken fallen will. Eine wirklich rührende Kreuze und Anhänglichkeit an die liebe Konkurrenz, sobald es sich um Arbeiterfragen handelt. Es stand daher von vornherein fest, daß die Arbeiter einem mächtigen Gegner gegenüberstehen werden.

Ein günstiger Moment war der, daß die Tarifverträge mit den Brauereien in Freiburg und Heidelberg kurz vorher unter Dach und Fach gebracht werden konnten. Durch den zähen Widerstand der Tarifkommission mußten aber auch die Karlsruher Brauereien den Forderungen Schritt für Schritt nachgeben, sobald das Gesamtergebnis — wie bereits berichtet — von den Arbeitern angenommen werden konnte.

Die Lohnerhöhungen betragen pro Woche: Für Brauer, Mälzer, Küfer und Maschinenisten 1,60 Mk., für Heizer und Bierfahrer 2, — Mk., Motorfahrer und Sandwerker 3 Mk., Hilfsarbeiter im inneren Betrieb 2,50 Mk., Hof- und Flaschenellerarbeiter über 20 Jahre 4,20 Mk.; Arbeiter unter 18 Jahre erhalten ebenfalls einen Wochenlohn. Sämtliche Ueberstunden erhöhen sich um 10 Pf., desgleichen die Nachtschichtzulage. Der Wegegehobertarif für Bierfahrer und Chauffeure wird einer Revision unterzogen und bestehende Mängel beseitigt. Im übrigen bekommen die Bierfahrer für Fahrten in die Stadt und 10 Kilometer Entfernung von 6 Uhr ab Ueberstunden bezahlt, wenn sie um diese Zeit nicht zurück sein können, jedoch also auch die Arbeitszeit der Bierfahrer eine geregelte sein wird. Um die vollständige Bezahlung der Sonntagsarbeit der Bierfahrer wurde hartnäckig gekämpft. Mehr aus Eigenem als wegen technischer Schwierigkeiten hielten die Brauereien daran fest, daß man das nicht auf einmal machen kann. Es soll ab 1. Oktober dieses Jahres das Ausfahren von Bier und ab 1. Oktober nächsten Jahres auch das Ausfahren von Eis mit Ueberstunden bezahlt werden. Es hieß, die Kunden müßten erst mit den Neuerungen vertraut gemacht werden usw. Die Kommission der Bierfahrer konnte sich selbst davon überzeugen, daß die Brauereien ohne Kampf von ihrem Standpunkt nicht abzurücken sind. Nur um den Frieden nicht in Frage zu stellen, stimmten die Bierfahrer diesem Uebergangsstadium zu. Mehrere Brauereien geben an Sonn- und Feiertagen schon jetzt kein Bier mehr ab, ausgenommen von speziellen Bedürfnissen. Einer angemessenen Verfürgung der Arbeitszeit im allgemeinen setzten die Brauereien den schärfsten Widerstand entgegen. Sie erklärten offen, daß sie unter keinen Umständen die 9stündige Arbeitszeit bewilligen wollen. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird nun betragen: im Sommer 9 1/2 Stunden und ab nächstes Jahr im Winter 9 1/4 Stunden. Zur Regelung von Zahl und Vertrieb wird ein Schiedsgericht eingesetzt, von je zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern aus dem Gewerbe und den Vorsitzenden des Karlsruher Gewerbegerichts, als Unparteiischen.

Die Brauereiarbeiter in Mittelbaden haben durch diesen Tarifabschluß zweifellos einen schönen Erfolg errungen. Derselbe wäre aber ungleich größer geworden, wenn nicht eine so große Zersplitterung in verschiedenen Organisationen vorhanden wäre. Mander Vertreter eines Organisationswunsches wird wohl mehr an Reichspfeiler und Diäten verdrängt haben, als seine Mitglieder im Jahre Beiträge bezahle. Darum, Brauereiarbeiter, lernt daraus für die Zukunft Zersplittern nicht eure Kräfte, sondern führt sie zusammen zu einem großen Ganzen! Nur dann werden die Brauereien mehr als bisher eure Wünsche erfüllen.

**Soziale Rundschau.**

Billingen, 31. März. Der Ausschuh der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen in Baden hielt gestern hier eine außerordentliche Ausschuhung ab, um zu dem ministeriellen Entwurf einer Vollzugsordnung zur Reichsversicherungsordnung (Abschnitt Krankenkassenversicherung) Stellung zu nehmen. Der Ausschuh hatte sich zur Beratung der Materie noch einzelne größere Kräfte des Landes kooperiert. Vorher war allen Beteiligten Gelegenheit gegeben, sich schriftlich zu dem Entwurf zu äußern. Der Entwurf selbst ist in seiner dermaligen Fassung zu wenig den Interessen der Krassen dienend, daß beinahe zu allen Paragraphen und fast allen Abschnitten Änderungen beantragt werden mußten. Die nach eingehender Diskussion gefassten Beschlüsse sollen in einer Denkschrift dem Ministerium des Innern überreicht werden. Nach einer kurzen Aussprache über das kommende Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten fand laut „Volksstimme“ die Konferenz ihren Schluß.

**Neues vom Tage.**

Anfälle im Zirkus Schumann. Berlin, 2. April. Die gestrige Vorstellung im Zirkus Schumann wurde einigen Artisten verhängnisvoll. Gleich in der ersten Nummer „Säbelkopfschlagen“ zu Pferde wurde einer der Reiter vom Pferde gestoßen, zu Boden gerissen und durch die Ranee geschleift. Er kam jedoch mit einigen Quantabschürfungen davon. In der großen Attraktion des Zirkus: „Der lebende Propeller“ ereignete sich ein schweres Unglück. Der ältere der beiden Artisten, die in einer Höhe von 15 Meter sich in einer Art Weisen im Kreise drehen, stürzte ab und blieb mit schweren inneren Verletzungen liegen. Schließlich nahm auch noch die Produktion der 10 chinesischen Gaukler einen verhängnisvollen Ausgang. Zwei der Chinesen, die an einem hochgespannten Seil mit den Bösen zu Boden glitten, erlitten schwere Verletzungen. Einem der Verletzten wurde teilweise die Kopfhaut abgerissen. Der andere trug Schädelverletzungen und einen Beinbruch davon.

Mannöver-Unfall. Innsbruck, 2. April. In der Nähe von Terlago in Südtirol gerieten bei einem Bajonettangriff während einer militärischen Übung beide Parteien so scharf aneinander, daß die Soldaten schwere und mehrere andere leichte Verletzungen durch Bajonettstiche erlitten. Die Schwerverletzten mußten ins Spital gebracht werden.

Wesuv und Aetna in Tätigkeit. Rom, 2. April. Nach dem Vesuv ist nun auch der Aetna in Tätigkeit getreten. Der Vulkan stößt eine dicke Rauchsäule aus. Man nimmt an, daß beide Phänomene in Zusammenhang stehen.

Der...  
Brill...  
Geopol...  
des App...  
Kantile...  
erho...  
Hoffen...  
Sillf...  
Belgiens...  
werden...  
und voll...  
rationse...  
genge V...  
dem hohe...  
zusamm...  
Der Ra...



Brauereien  
it dem Ring  
er Lorfaber  
r besonders  
sprechen die  
lungen und  
ücken sollen  
nglichkeit an  
iterfra  
fest, daß die  
en werden.  
arifverträge  
delberger  
en Sonntag.  
en mußten  
forderungen  
nterergebnis  
ngenommen

**Ein verlorenen Prozeß.**  
Brüssel, 2. April. Der Verurteilung der belgischen Prinzessinnen Louise und Stefanie um das Erbe des Königs Leopold ist heute mittag entschieden worden. Der Präsident des Appellationsgerichtshofes zu Brüssel verlas das Urteil. Die sämtlichen Ansprüche der Klägerinnen wurden abgewiesen. Sie erhalten nichts von den 60 Millionen, die sie aus den Nachlässen von Kongonorten, Grundstücken und der Niederfüllbacher Stiftung verlangten.

**Theaterbrand.**  
Brüssel, 2. April. Das größte Theater- und Zirkusgebäude Belgiens, das 10000 Personen fassende Alhambra in Antwerpen, ist kurz nach Schluß der Vorstellung in Brand geraten und völlig zerstört worden. Das Feuer brach in den Dekorationsräumen aus und hatte, ehe es bemerkt wurde, schon das ganze Bühnenhaus ergriffen. Bald stiegen die Flammen aus dem hohen Kuppelbau heraus und die domartige Wölbung stürzte zusammen. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Der Materialschaden wird auf eine halbe Million geschätzt.

**Aus dem Lande.**

**Stttingen**  
Der „Bad. Landmann“ veröffentlicht eine Notiz, in welcher ein „Gibis“ seiner Entrüstung über einen betrunknen Schranzwecker Luft macht und anführt, daß derselbe schon öfters in einem solchen Zustande gewesen sei. Wir sind die letzten, welche eine solche Pflanzwidrigkeit in Schutz nehmen, aber daß man deshalb einen ehedaren Familienrat in der Zeitung öffentlich an den Pranger stellt, geht entschieden zu weit, zumal die Behauptung, daß die genannte Verfehlung schon öfters vorgekommen ist, jeder Begründung entbehrt. Der vorchriftswidrige Zustand des Wohnzimmers war die Folge eines „Kommunionschmauses“ vom Weihen Sonntag und jedenfalls hätte der Kollege „Gibis“ seine Entrüstung wohl auch damit besänftigen können, wenn er den Fall lediglich der Bahndirektion angezeigt hätte. Es ist ein Frevel, einen ehedaren Familienrat einer Verfehlung wegen öffentlich als Käufer hinzustellen; allerdings gibt sich dafür nicht jede Zeitung her.

**Baden-Baden.**  
Generalversammlung des Sozialdem. Vereins. Am Montag, 31. März, hielt der sozialdemokratische Verein seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Gen. Rapp, erstattete den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen war, daß der Verein in diesem Jahre eine schöne Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen hatte. Auch in bezug auf die Agitation sind größere Aufschwünge gemacht worden als im vorhergegangenen Jahre. Der Kassenbericht des Kassiers, Gen. Fritsch, zeigte allerdings, daß noch viel Arbeit und rege Agitation zu leisten ist, um dem Verein das nötige Geld für den hier so schmerzlichen Kampf zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung sprach dem Vorsitzenden ihr Vertrauen dadurch aus, daß sie ihn wieder wählte. Desgleichen den 2. Vorsitzenden, Gen. Köpfer, den Kassier, Gen. Fritsch, Schriftführer Gen. Eder und Gen. Münch als Beisitzer. Nachdem die anderen Punkte der Tagesordnung erledigt, schloß der Vorsitzende, Gen. Rapp, die Versammlung mit dem Appell, noch mehr wie bisher für unsere Sache zu kämpfen.

Das Luftschiff B. 4 ist heute morgen 6.10 Uhr in Friedrichshafen zur Überfahrt nach Baden-Dos aufgestiegen, von wo aus es weitere Unternehmungen unternimmt.

**Offenburg.**  
L. Bürgerauschussung vom 1. April. Gegenstand der Tagesordnung wurde die Verfertigung der Gemeinde Zunsweier mit Strom aus dem Elektrizitätswerk der Stadt Offenburg. Die zwischen der Stadt und der Gemeinde Zunsweier festgesetzten Verträge enthalten im wesentlichen dieselben Bedingungen wie diejenigen mit der Gemeinde Ortenberg. Die Stadt übernimmt die vollständige Herstellung aller erforderlichen auch innerhalb der Gemeinde Zunsweier bis an die Hauptleitung des einzelnen Abnehmers unentgeltlich, von da ab kommen dieselben Gebühren in Betracht wie bei den Abnehmern in der Stadt. Auch die Hausanschlüsse werden innerhalb 6 Monaten noch unentgeltlich ausgeführt. Der Grundpreis für den gelieferten Strom beträgt für Beleuchtungsweide 40 Pfg., die Kilowattstunde, für andere Zwecke 20 Pfg. Es werden erhebliche Benützungsdauerabatte und Verbrauchsabatte zugesprochen. Motorstrom für die Nachtzeit kostet jedoch 40 Pfg. Die Gemeinde Zunsweier erhält für ihr Wasserpumpwerk den Motorstrom bei Tag für 12 Pfg. und bei Nacht für 8 Pfg., den Straßenbeleuchtungsstrom für 30 Pfg. die Kilowattstunde. Der Vertrag ist auf 20 Jahre festgesetzt und läuft zu den gleichen Bedingungen jeweils 5 Jahre weiter, wenn nicht zwei Jahre vor Ablauf desselben von einer Seite gekündigt wird.

Nach eingehender Begründung der Vorlage durch den Vorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister Hermann, und Zustimmung des Stadterordnetenvorstandes wurde die Vorlage gegen einige wenige Stimmen angenommen. Stadt. Stebel bezweifelte allerdings den finanziellen Erfolg für die Stadt, während Stadt. G. u. m. für Verbilligung der Kraft für die kleinen Handwerker eine lange Rede.

Der 2. Gegenstand der Tagesordnung betraf eine größere Reparatur der Akkumulatorenbatterie im Elektrizitätswerk. Die Direktion des Werkes begründet die umfangreiche Reparatur der Batterie durch die außerordentliche Inanspruchnahme derselben infolge des Wandes im Elektrizitätswerk Achern, welches die Energielieferung nach Offenburg gerade in der Zeit unterbrach, in welcher sie am nötigsten war. Die Gesamtkosten sind auf 4800 M. veranschlagt, welche dem Erneuerungsfond des städtischen Elektrizitätswerkes entnommen werden sollen. Nach Begründung der Vorlage durch den Vorsitzenden und Zustimmung des Stadterordnetenvorstandes wird auch dieser Tagesordnungspunkt einstimmig genehmigt. Der Vorsitzende schloß als auch der Stadterordnetenvorstand traten energisch dem Gedächtnis entgegen, daß die Batterie durch ungeschickte Behandlung reparaturbedürftig geworden sei.

Der 3. Gegenstand betraf die Stromlieferung des städtischen Werkes an das Aes- und Emaillewerk G. Robert Dold hier. Die dem Vertragsab schlusse wurde nach Begründung durch den Vorsitzenden und Zustimmung des Stadterordnetenvorstandes ebenfalls einstimmig die Zustimmung erteilt.

Am 4. Gegenstand wird mit einem Aufwande von 8000 M. die Herstellung eines Kohlenlagerplatzes für das Gaswerk beantragt. Als Gelände kommen 600 Quadratmeter städtisches Gartenland in Betracht, welches an das Gaswerk auf der Nordseite angrenzt. Die Vorlage wurde, wie sie war, auf wiederholte Begründung des Vorsitzenden und Zustimmung des Stadterordnetenvorstandes einstimmig angenommen.

Reg und Ufermauer 10 400 M. beträgt. Die Vorlage wird nach der Begründung des Vorsitzenden und Empfehlung des Stadterordnetenvorstandes einstimmig angenommen. Stadt. Schumann trat im Anschluß hieran auch für die Verbreiterung der Brücke über den Kronenbach und der Angelgasse ein. Der Stadtrat hat dieses Projekt zurzeit noch in Bearbeitung. Die Ausführung wird zugiegt.

Gegenstand 6: Es sollte genehmigt werden, daß die Reparaturen und Änderungen im früheren Pfänderhaus vorgenommen und daß der erforderliche Aufwand mit 10 900 M. aus noch zu beschaffenden Anlehensmitteln mit der Maßgabe befristet werde, daß die Schuld vom Jahre 1914 ab in zehn gleichmäßigen Annuitäten wieder zu tilgen ist. So lautete der Antrag des Stadtrats. Die Arbeiten sind aber schon ausgeführt und der Frauerverein hat seine Tätigkeit: Frauenarbeitschule, Kleider- und Kochschule in dem Gebäude schon begonnen. Es blieb also dem Bürgerausschuss nichts anderes übrig, als seine Zustimmung nachträglich zu erteilen. Der Stadterordnetenvorstand, und besonders der Stadt. Bögle, kritisierte scharf dieses Verfahren, welches der Vorsitzende mit der außerordentlichen Dringlichkeit erklärte. Die Stadtb. Haberer und Oberköll wünschten, daß die schicht repräsentierenden einstimmigen Bewilligungsbauwerke entfernt werden. Die Vorlage wurde schließlich einstimmig angenommen.

Gegenstand 7 der Tagesordnung betraf die Forderung von 15 160 M. zur Herstellung von Straßen, Kanalisation, Gas- und Wasserleitung im Gewann am Aufsbud. Dort will ein Konjunktium eine Reihe Häuser errichten. Dieses Konjunktium ist aber mit der Stadt wegen der Verzinsung der Anlagensumme u. a. m. noch nicht einig, weswegen die Vorlage zurückgestellt wurde.

Gegenstand 8: Vollzug der Desinfektionsordnung, wurde in der Weise erledigt, daß Herr Fiedel Weil als Desinfektor mit einem Jahresgehalt von 800 M. angestellt wurde mit der Voraussetzung, daß er die Funktionen im Nebenamt ausführt und seinen Beruf als Friseur und Heilgehilfe wie früher ausübt. Die städtischen Einwohner zahlen für eine Desinfektion nichts, wenn dieselbe behördlich angeordnet ist, im anderen Falle gelten folgende Sätze: für die Desinfektion eines Raumes 4 M. und jeden weiteren Raumes 2 M.; für die Verfüllung des Dampfapparates oder des Dampfboilers 6 M. für jede einzelne Desinfektion; in diesen Gebühren ist die Vergütung für die Beförderung der Desinfektionsgeräte und der zu desinfizierenden Gegenstände inbegriffen; falls die Desinfektion von Wohnräumen verlangt ist, dem Desinfektor bei seinem Erscheinen jedoch die Ausübung der Desinfektion nicht ermöglicht wird, ist für den Transport der Gerätschaften und für Zeitverlust in allen Fällen eine Gebühr von 3 M. zu entrichten. Auswärtige Beisitzer haben in allen Fällen für die Benützung des Dampfapparates oder des Dampfboilers eine Gebühr von 10 M. für jede einzelne Desinfektion zu bezahlen. Für Zeitverluste und für den Transport der zu desinfizierenden Gegenstände ist besondere Vergütung zu leisten; deren Höhe wird von Fall zu Fall festgesetzt.

Der 9. und letzte Gegenstand betraf die Kapitalaufnahme von 176 649 M. Diese Vorlage hatte keine Begründung mehr nötig, weil das Kollegium schon zum Fortgehen aufstand und die Vorlage im Ganzen genehmigte, trotzdem dazu noch Verschiedenes zu erörtern gewesen wäre. Die Sitzung währte von 4-1/2 Uhr.

L. Einen Unfall erlitt gestern vormittag 11 Uhr der etwa 50jährige Maurer Gaußinger aus Ortenberg, indem er von dem Gerüst an einem Hause auf dem Sündenplatz herabfiel und schwere Verletzungen davontrug. Der Verunglückte wurde von der Sanitätskolonne ins Krankenhaus geschafft.

L. Der Salsachtsbericht für den Monat März verzeichnet 1078 geschlachtete Tiere gegen 1129 im gleichen Monat des Vorjahres, also wieder 114 Stück weniger. Geschlachtet wurden: Pferde 5 (im Vorjahre 7), Ochsen 11 (11), Karren 3 (8), Kühe 58 (80), Minder 102 (96), Kälber 272 (284), Schweine 471 (640), Schafe 15 (2), Ziegen 7 (5), Zisteln 134 (65). Außerdem wurden 816 Kilogramm Fleisch von auswärtig eingeführt und der Verkauf unterstellt, im Vorjahre dagegen 1758, also auch da 942 Kilogramm weniger. Von Monat zu Monat geht der Offenburgener Fleischkonsum zurück und die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes wird immer mehr eine ungenügende.

**Gröbtingen, 2. April.** Die Mordindustrie blüht. Neuerdings hatte die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Karlsruhe (Abteilung Gröbtingen) hier ein großes Gelände im Gewann „Wiesenhader“ durch Kauf erworben, um ihren Geschäftsbetrieb zu erweitern. Wie uns mitgeteilt wird, will die Firma an der Friedrichstraße einen Neubau von 61 Meter Länge und 10 Meter Höhe erstellen.

Einbruchversuch. Heute nacht gegen 2 Uhr versuchten zwei Diebe in einem Hause auf der Friedrichstraße, „Erlangen“ genannt, einzubrechen. Die Hausbewohner wurden durch das Belallen des Hundes nach, worauf die Diebe per Rad das Weite suchten.

\* Seibelberg, 1. April. Der Maurer Heberle aus Neuenheim rettete gestern abend den 6 Jahre alten Knaben des Kaufmanns Rom eis. Der Knabe war beim Spielen mit anderen Kindern am Redarvorland in den Redar gestürzt und von dem Wasser fortgetragen worden. Heberle sprang dem Kinde sofort nach und brachte es glücklich ans Land.

\* Mannheim, 1. April. Die wegen der aufgedeckten Lagerhausdiebstähle im hiesigen und Ludwigshafener Hafengebiet angehängten Nachforschungen haben zu weiteren Verhaftungen geführt. Die Affäre scheint eine große Ausdehnung zu gewinnen. Nach einer Meldung wurden gestern bei der Zellstoffabrik Waldhof ungefähr 60 Zentner Weizen aufgefunden, die aller Wahrscheinlichkeit nach von Dieben dorthin gebracht wurden, um dann nachts weitergeschafft zu werden.

Gestern abend fiel in der Nähe der Redar Spitze der Motorseil R. 11 aus Bord von einem Schiff in den Rhein und ertrank.

\* Neckargemü, 2. April. Der kürzlich auf der Minnedurg aufgefundenen Tote wurde als der 56 Jahre alte Fabrikant G. Weymüller aus Müdesheim festgestellt. Es handelt sich um einen Selbstmord.

\* Wübbigheim, 1. April. Im Gemeindevall wurde von einem hiesigen Maurer das Skelet eines Mannes gefunden. An dem Baume, vor dem der Fund gemacht wurde, hing ein Strid, an dem sich noch einige Halswirbelsäulen befanden. Man hatte es also mit einem Selbstmord zu tun. Durch Kleiderüberreste und eine Dienstmütze konnte festgestellt werden, daß der Tote der seit Juli vor. Ja. vermisste Schlossermeister Gieser von hier war.

\* Walsch, 2. April. In unserer Gegend hind gegenwärtig falsche Dreimarkstücke im Umlauf. In einem Orte des Königreichs wurde ein solches Falschstück, welches das Bildnis des Königs Albert von Sachsen, das Wappenzeichen E und die Jahreszahl 1888 trägt, angefallen. Die Fälschungen sind ziemlich plump.

\* Oberstessens, Amt Mosbach, 2. April. Das 4jährige Töchterchen des Bureauarbeiters Hofmann geriet unter einen Strohhaken und starb an den erlittenen Verletzungen.

\* Freiburg i. Br., 2. April. Durch die neue Wehrevorlage werden bekanntlich Fliegertruppen geschaffen. Die Stadt Freiburg wird von dem 4. Bataillon die 3. Kompanie erhalten. In der Diebstahlsaffäre bei der Mannheimer Lagerhausgesellschaft sind nunmehr alle seitdem in der Halle beschäftigt gewesenen Baerhausarbeiter bis auf zwei

berhaftet. Die Diebstähle erstrecken sich auf längere Zeit. Trotz aller Verwarnungen wurden sie immer wieder fortgesetzt, was die Direktion schließlich benachteiligt, Strafzettel zu erteilen. Unter den Verhafteten sind zahlreiche Familienväter.

\* Emmenhofen, Amt Konstanz, 2. April. Hier ist der gewöhnliche Fall zu verzeichnen, daß das Kind eines 88jährigen Mannes, des Polizeimeisters S. B. e. l. e., zu den Erstkommunikanten gehörte. Bei der Geburt seines jüngsten Vaters Polzeimeister Belte schon über 75 Jahre alt.

\* Tabinau, 2. April. Beim Verladen von Langholz zerlegte der 23jährige Th. Rudiger von Brandenberg. Er erlag seinen schweren Verletzungen.

\* Vom Schwarzwald, 2. April. In den höchsten Tagen des Schwarzwaldes, so auf dem Feldberg, Herzogenhorn und Weichen, ist bei 1 Grad Kälte Schnee gefallen. Der Nischnee ist nahezu vollständig abgeschmolzen.

**Aus der Stadt.**

Karlruhe, 3. April.

**Das Gaswerk im städtischen Vorkaufsplan.**

Der Ertrag des städtischen Gaswerks bemogt sich in fortgesetzter Linie, obgleich vielfach anstelle der Gasbeleuchtung Elektrizität getreten ist, besonders bei der Beleuchtung einiger Straßen und Plätze. Das Gaswerk brachte im Jahre 1911 2 565 713 M ein, nach dem Vorkaufsplan für 1912 2 561 580 M und im Vorkaufsplan für das laufende Jahr ist ein Ertrag von 2 658 950 M vorsehen. Hierzu kommen natürlich in Abzug die Verwaltungskosten, die Lasten des Betriebs usw. Die Ablieferung des Reinertrags an die Stadthauptkasse ist mit 542 546 M in den Vorkaufsplan für 1913 eingestellt gegen 525 998 M im vorigen Jahre. Unter Annahme einer Verbrauchssteigerung von 3 Prozent rechnet man in diesem Jahre auf eine Gesamtabgabe von 13 Millionen Kubikmeter. Aus der Inflation bezieht das Gaswerk in diesem Jahr 4000 M.

**Jugendausflug.**

Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen seien auf den heute stattfindenden Vortrag aufmerksam gemacht. Es wird um zahlreiche Beteiligung ersucht. Beginn der Veranstaltung um 8 Uhr im Nebenzimmer der „Wacht am Rhein“, Ecke Ritter- und Gartenstraße. Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß am Sonntag, 6. April, ein Nachmittagsausflug nach Jordsheim stattfindet. Treffpunkt: 1/2 Uhr am Marktplatz und um 2 Uhr an der Peter- und Pauls kirche.

**Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 27. März 1913.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Oberbürgermeister den für den verstorbenen Stadtrat Max Boeck in das Stadtratskollegium eingetretenen Herrn Oberrechnungsrat Heinrich Guggel.

Dank. Frau Rechtsanwältin Stadtrat Boeck dankt in etnem Schreiben an den Oberbürgermeister in warmen Worten für die Teilnahme, die der Stadtrat beim Hinscheiden ihres Herrn Gemahls ihr und den übrigen Hinterbliebenen erwiesen hat. Der Stadtrat beschließt bei dieser Gelegenheit, das Bildnis des Herrn Boeck der diesjährigen Stadtratsfeier einzufügen. In einem freundlichen Schreiben dankt Herr Geh. Rat Dr. ing. R. Paumeister für die Glückwünsche und die Blumenpende, die ihm der Stadtrat zum 80. Geburtstag übersandt hat.

Ernennung des Bürgerausschusses. Nachdem Herr Stadtrat verordneter Heinrich Guggel an die Stelle des verstorbenen Herrn Rechtsanwalts Max Boeck in den Stadtrat getreten ist, wird Herr Christian Bohraus III., Wirt im Stadteil Wuppert, als nächster der gleichen Wahlvorschlagsliste angeordnet. Bewerber der nationalliberalen Partei zum Stadterordneten für die restliche Amtsdauer des Herrn Guggel (bis 1917) berufen.

Ernennung städtischer Kommissionen. Für den verstorbenen Herrn Stadtrat Max Boeck wird Herr Stadtrat Heinrich Guggel zum Mitglied der Gas- und Wasserwerk-Kommission, der sozialen Kommission und des Verwaltungsrats der Spar- und Pfandleihkasse ernannt. Außerdem wird Herr Stadtrat Guggel an Stelle des Herrn Stadtrats Boeck in Vertretung des Oberbürgermeisters gemäß § 21 des Städtengesetzes das Amt des Vorsitzenden des Stiftungsrats der Adolf- und Johanna Wielefeld-Stiftung übertragen.

Trauerfeierlichkeiten in der Friedhofkapelle und im Krematorium. Das Spielen der Orgel in der Friedhofkapelle und des Harmoniums bei Trauerfeierlichkeiten im Krematorium wird dem Herrn Musiklehrer Albert Bier, Organisten der Bernhardskirche, und in dessen Vertretung dem Herrn Hauptlehrer Th. Warner, Organisten der Christuskirche, übertragen. Die Orgel in der Friedhofkapelle und das Harmonium im Krematorium werden auf Wunsch der Beteiligten bei jeder Trauerfeierlichkeit gespielt. Die Gebühr beträgt: für das Spielen der Orgel bei Bestattungen nach der 1. Klasse 12 M., bei Bestattungen nach der 2. Klasse 8 M., bei Bestattungen nach der 3. Klasse 3 M.; für das Spielen des Harmoniums 6 M.

Erweiterung des städt. Rheinhafens. Wegen der Herstellung des 4. (Südwest-) Beckens des Rheinhafens werden die in das Becken fallenden Grundstücke in den Gebannten „Haulbrud“ und „Schlagfeld“, die zum Teil als Almdenlose, zum Teil als Pachtlose an Einwohner der Stadtteils Daglanden abgegeben waren, gekündigt. Die anstelle der Almdenungung zu zahlenden jährlichen Geldrenten betragen zusammen 2187 20 M. Für die auf die Bestellung der Felder aufgewendeten Kosten werden angemessene Entschädigungen bewilligt.

Abänderung der Wochenmarktordnung. Bei groß. Bezirksamt wird die Abänderung der Wochenmarktordnung für die Stadt Karlsruhe dahin beantragt, daß der Wochenmarkt im Monat April (wie in den Monaten Mai bis September) schon um 7 Uhr morgens, in den Wintermonaten um 1/2 Uhr statt 8 Uhr beginnt und daß an Allerheiligen wieder, wie früher, Wochenmarkt abgehalten wird.

Bebauung des Festplatzes. Der künstlerische Beirat für die Stadterweiterung hat nunmehr zu der Frage der Bebauung des Festplatzes und des Geländes des alten Wohnhofs Stellung genommen und sich einhellig für eine Lösung ausgesprochen, die sich an die Vorschläge anschließt, die Herr Professor Th. Fischer in München, der bei dem Wettbewerb als Preisrichter mitgewirkt hat, dem Oberbürgermeister unterbreitet hat. Der Stadtrat tritt diesem Votum bei und beauftragt das Tiefbauamt, auf Grund desselben nunmehr die endgültigen Bebauungsvorschläge auszuarbeiten. Derselbe ist der Stellung des Theaters und der städt. Ausstellungshalle zu Grunde zu legen. Die Firma Gurler u. Moser wird ersucht, ihr Projekt für die Ausstellungshalle entsprechend umzuarbeiten und mit möglichstster Bekleunigung wieder vorzulegen.

Ernennung von Hauptlehrern. Im Einvernehmen mit groß. Ministerium des Kultus und Unterrichts werden auf 1. April 1913 zu Hauptlehrern und Hauptlehrerinnen an der hiesigen Volksschule ernannt: Wilhelm Klump, Hauptlehrer in Forstheim; Reinhold Gildinger, Hauptlehrer in Esingen; Josef Bittmann, Hauptlehrer in Bruchsal; Otto Wehrlein, Hauptlehrer in Untergimpert; Ludwig Grob und Josef Göllich, Unterlehrer hier; Johanna Rißinger und Sofie Conrad, Unterlehrerinnen hier.



Nebenverdienst.

Die Unzulänglichkeit des Arbeitsverdienstes, der sehr oft kaum zur Vortreibung des notwendigen Lebensunterhaltes, geschweige denn für andere Bedürfnisse ausreicht, bestimmt viele Arbeiter dazu, für die ihnen verbleibende knapp bemessene freie Zeit noch einen Nebenverdienst zu suchen.

Zu welchem Umfang der Schwindel betrieben wird und wie einträglich er sein muß, zeigen die vielen Inserate in der bürgerlichen Presse, die den Verdienstsuchenden in allen möglichen Variationen Nebenverdienst zusichern.

Eine andere Art des Schwindels verbirgt sich hinter dem Angebot von Verkaufs- und Produktionslizenzen. Für völlig wertlose Lizenzen werden oft 100, 200 bis 500 Mk. gefordert, und es finden sich leider die Dummen, die diese Beträge zahlen, um nie etwas davon wieder zu sehen.

Allen derartigen Angeboten gegenüber ist deshalb die allergrößte Vorsicht am Platze. Jedem Angebot von Nebenverdienst, bei dem zuvor die Einwendung eines bestimmten Betrages gefordert wird, ist mit dem weitestgehenden Mißtrauen zu begegnen.

Der Mühlenarbeiterstreik bei der Firma Sinner. Die Firma Sinner hat es infolge ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem eingereichten Tarif für die Mühlenarbeiter soweit gebracht, daß dieselben sich genötigt gesehen haben, in den Streik zu treten.

Die Volksbibliothek des badischen Frauenvereins hat eine außerordentlich rege Winterleistung entfaltet. 3700 Bände wurden im Laufe der Herbst- und Wintermonate an 88 Gemeinden des Landes versandt und auch die Lichtbilder sind viel gewandert.

Das Residenztheater wartet diesmal mit einer Novität der herborragenden Tragödin Asta Nielsen auf, die sich in ihrer bedeutendsten Schöpfung unter dem Titel „Der fremde Vogel“ vorstellt.

Unserlaubte Sammlungen. In letzter Zeit wurden hier wieder hiers Sammlungen von Geld oder sonstigen Beiträgen oder von Unterschriften hierzu von Haus zu Haus unternommen, ohne daß die erforderliche polizeiliche Genehmigung hierzu eingeholt wurde.

Feuer brach gestern abend gegen 9 Uhr auf noch unaufgeklärte Weise in einem bei der Eisenlohrstraße auf dem Felde stehenden Treibhaus eines hiesigen Gärtners aus.

Gegen die Kriegsheger und Rüstungstreiber!

Überall im deutschen Lande protestiert in diesen Tagen das werttätige Volk gegen die neue unerhörte Belastung für den Militarismus und gegen die verbredliche Mache der Kriegsheger und Rüstungstreiber.

1250 Millionen soll das deutsche Volk aufs neue für militärische Rüstungen geschöpft werden. Gegen diese neue unerhörte Belastung muß sich die werttätige Bevölkerung wie ein Mann erheben.

öffentl. Volks-Versammlung

Am 6. April, in der Genosse W. Kolb sprechen wird. An die Arbeiterkammer ergeht die Aufforderung, recht tüchtig für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung Propaganda zu machen.

:: Auf zum Protest! :: Auf in die Volks-Versammlung!

Luftschiffahrt und flugsport.

Tödlicher Flieger-Absturz. Paris, 2. April. Heute Morgen ist der Militärflieger Kure aus 100 Meter Höhe abgestürzt. Er war auf der Stelle tot.

Der Balkan-Konflikt.

Salonik, 2. April. Wie aus Eleuthera gemeldet wird, kam es dort zwischen Griechen und Bulgaren zu einem Zusammenstoß; Einzelheiten fehlen noch.

Die Antwort der Verbündeten. Paris, 2. April. Gleichzeitig mit der Porte haben sich auch die Balkanverbündeten zu der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen bereit erklärt.

1. Die prinzipielle Zahlung einer Kriegsentschädigung. 2. Eine Grenzlinie von Midia bis zu dem Punkte des Ägäischen Meeres, wo die Wasserscheide der Mariza und des Karak-Ischi die Küste trifft.

Von den Friedensbedingungen der Großmächte weichen diese in mehreren Punkten ab, jedoch es fraglich erscheint, ob man die Antwort als eine Zustimmung ansehen kann.

Die Kämpfe um Skutari. Wien, 2. April. Nach einem Telegramm der „Reichspost“ aus Cetinje erlangen die Belagerer vor Skutari großen Erfolg; fünf Forts des Sarabosch sind bereits in ihrem Besitz.

Die „Reichspost“ meldet zu den serbischen Truppentransporten nach Nordalbanien: 16 griechische Dampfer mit 6000 Mann serbischer Truppen und drei Haubitzenbatterien passierten, begleitet von 6 griechischen Kriegsschiffen, bereits die Höhe von Korfu.

Wasserstand des Rheins. Schusterinsel 1.81 m, gest. 4 cm. Kehl 2.78 m, gest. 5 cm. Maxau 4.22 m, gest. 6 cm. Mannheim 3.50 m, gest. 9 cm.

Letzte Nachrichten.

Ein Redestreich.

Strasbourg, 2. April. Der parlamentarisch wohl kaum dagewesene Fall, daß eine Fraktion wegen des Verhaltens des Präsidenten, den sie selbst gestellt hat, „streikt“, ereignete sich heute in der Zweiten Kammer des elsäss-lothringischen Landtages bei der Beratung des Unbeschäftigtengesetzes.

Die Geschäftslage des Reichstags.

Berlin, 2. April. Der Seniorensenator des Reichstags trat heute nach Schluß der Plenarsitzung zu einer Besprechung über die Geschäftslage zusammen. Eine Verabschiedung der Wehr- und Deckungsvorlagen noch vor Pfingsten wurde nicht in Aussicht genommen.

Eine offiziöse Warnung.

Berlin, 2. April. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fordert die Presse ohne Unterschied der Partei auf, künftig weder Nachrichten über Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres, noch über Uebungen solcher Spezialtruppen zu veröffentlichen.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Berlin, 3. April. Gestern haben vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts die Tarifverhandlungen für das Berliner Baugewerbe begonnen.

Zur Lage im Malergewerbe.

Berlin, 3. April. Eine gestern abend abgehaltene Mitgliederversammlung des Berliner Malerverbandes beschloß, im Laufe der Woche allen denjenigen Firmen der Branche, die an der Ausperrung sich nicht beteiligten, die Forderungen der Gehilfen aber auch nicht bewilligten, den Sondertarif vorzulegen.

Zum Textilarbeiterstreik.

Krefeld, 3. April. Zur Verärgerung der Polizei anläßlich des Färberstreiks sind hier laut „Berliner Tageblatt“ gestern etwa 200 Schulleute aus Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld und Baerum angekommen.

Von der Botschafterkonferenz.

London, 2. April. Die Botschafter haben angeichts der Unsicherheit der Lage infolge des Ausbleibens der Antwort der verbündeten Balkanstaaten und von wenig befriedigenden Nachrichten aus Albanien im letzten Augenblick beschlossen, heute keine Sitzung abzuhalten.

Anerkennung der chinesischen Republik.

Washington, 2. April. Die Regierung hat beschlossen die chinesische Republik anzuerkennen.

Briefkasten der Redaktion.

1. F. A. Karlsruhe. Wer in einer Privatklage wegen Verleumdung freigesprochen worden ist, hat Anspruch auf Erstattung seiner Kosten von dem Privatkläger.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei und Letzte Nachrichten: Wilhelm Kolb; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Nabel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Feuilleton: Hermann Winter; für die Inserate: Karl Sieglar, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Die auf Donnerstag den 6. April festgesetzte Familienunterhaltung wird ausnahmsweise auf Sonntag den 13. April verlegt.



**Preiswertes Angebot:**

# Gardinen ♦ Teppiche

Gardinen am Stück, schmal, Mtr. Mk. 0.28 bis 1.40, breit, Mtr. Mk. 0.50 bis 2.25  
 Gardinen, abgepasst, weiss und crème per Fenster Mk. 3.30 bis 35.—  
 Allover-Nets, moderne, kleingemast. Stoffe, 130/150 cm breit, Mtr. Mk. 0.75 bis 2.25  
 Madras, halbdichte, bunte Stoffe, 55/150 cm breit . . . . . Mtr. Mk. 0.55 bis 2.75  
 Leinen-Garnituren, 2 Flügel, 1 Querbehang . . . . . Mk. 4.85 b. 13.50  
 Brise-bises, engl. Tüll, Spachtel und Band, am Stück . . . . . Mtr. Mk. 0.60 bis 2.85  
 abgepasst, Stück Mk. 0.20 bis 2.50

Stores, engl. Tüll, Spachtel, Band . . . . . Fenster Mk. 2.30 bis 8.00  
 Boden-Teppiche, Velour, Axminster, Tapestry, Haargarn  
 Grösse 185/200 cm, Mk. 9.50 bis 25.50, 175/235 cm Mk. 16.50 bis 45.00  
 200/300 cm Mk. 21.00 bis 70.00  
 Bettvorlagen, Velour, Tapestry, Haargarn . . . . . Mk. 1.35 2.35 4.00 7.00 bis 12.00  
 Bodenläufer, Jute, Haarg., Velvet, 67/90 cm br., Mk. 0.50 0.75 1.00 1.30 bis 6.00  
 Tischdecken, waschbar, Filz, Tuch, Plüsch, Mk. 1.25 1.70 2.30 2.80 bis 24.00

Die **Restbestände in Linoleum** 200 und 300 cm breit (Läufer, Teppiche, Vorlagen) mit **20% Rabatt.**

## Grosser Sonderverkauf: Betten und Aussteuer-Artikel

Ein Teil der hier aufgeführten Artikel ist im Schaufenster ausgestellt.  
 Einfache Metallbettstellen, Grösse 80x185 bis 120x190 Mk. 5.50 9.— 11.40 14.75  
 Elegante Stahlrohrbettstellen, Grösse 88x190 bis 150x210 Mk. 14.75 16.50 20.50 26.60 28.50 39.75  
 Hochfeine Messing-Bettstellen von Mk. 57.50 an.

Patentstahlfeder-Matratzen in jedes Holzbett passend von Mk. 12.50 an

Matratzen, beste Werkstattharbeit, mit Seegras-, Woll-, Kapok- oder Rosshaarfällung Mk. 6.80 11.75 15.— 18.75 26.50 39.60 60.— 80.— etc. — Neuanfertigung innerhalb 24 Stunden.  
 Kinder-Matratzen Mk. 4.25 4.90 7.10  
 Federbett-Garnituren, bestehend aus Deckbett mit 2 Klassen Mk. 14.50 18.75 25.60 32.80 39.— etc.  
 Rosshaarkissen in jeder Ausführung.

**Erstklassige Fabrikate**  
 Franko-Versand nach auswärts.

Baby-Ausstattungen in jeder Preislage.  
 Bettfedern u. Daunen, doppelt gereinigte, erprobte Qualitäten per Pid. Mk. 1.35 1.90 2.30 2.70 3.00 3.80 4.70 etc.

Complete Braut-Ausstattungen in jeder Preislage und bester Ausführung.

Während des **Sonder-Verkaufs** auf sämtliche Aussteuer-Artikel, Leinen- und Baumwollwaren, Damen- und Kinder-Wäsche, Bettwäsche **10 Prozent Rabatt.**

# W. Boländer Kaiserstr. 121.

## Soziald. Partei Karlsruhe.

Sonntag den 6. April, vormittags 10 Uhr, findet im Kolosseum, Waldstraße 16, eine

# Öffentliche Volksversammlung

statt. Herr Landtagsabgeordneter und Redakteur Wilhelm Kolb, wird über den

## Rüstungswahnsinn

Bürger und Arbeiter! Wir fordern euch auf, in Massen Protest einzulegen, gegen die militärische Riesenlast, wie sie jetzt dem deutschen Volke abermals aufgebürdet werden soll.

Auf zum Proteste ins Kolosseum!  
 Der Vorstand. J. A.: F. Sigmund.

## Saatkartoffeln

empfehlen 1906  
 sehr frühe, frühe u. späte Sorten (reine Sorten).

## Animal-dünger

sehr zu empfehlen zum Weigeben der Saat und auch als Kopfdüngung per 150-Pfd.-Sack 9.50

sämtliche Land- u. Garten-sämereien

## Zuger und Filialen.

## Einladung.

Sämtliche Poliere und Werkführer im Baugewerbe werden hiermit zu einer Besprechung eingeladen auf:  
 Sonntag, den 6. April d. J., vormittags 9 1/2 Uhr, in den Saal der „goldenen Krone“, Amalienstraße Nr. 16.

- Tagesordnung:  
 1. Rechtsbeirat, Sekretär Heinrich Klumpp wird referieren über Hebung des Standes und Anerkennung der Stellung nach § 133a R.-G.-O.  
 2. Diskussion.  
 Wir bitten im Interesse der Wichtigkeit der Tagesordnung um zahlreichen Besuch.

## Festhalle Durlach

Samstag, 5. April, Anfang 8 1/2 Uhr, Konzert u. Vortrag v. Thea. Höp

ehem. Fremden-Regiment der Todeskompanie.  
 Derselbe spricht über seine Erlebnisse während seiner 5jährigen Dienstzeit

## Koschatlieder-Ensemble.

Eintritt 25 Pfg.  
 Hochachtungsvoll  
 W. Zipper, Hög. Krügl.

NB. Wir bitten die geehrten Vereinsvorstände und Mitglieder um gütige Beachtung.



## Schuhwaren

kaufen Sie immer noch zu alten Preisen bei  
 W. Krüger, Auktionsgeschäft u. Schuhlager  
 Adlerstraße 40, neben „Beobachter“.  
 Besonders preiswert: Ein Posten Kindertiefel, Nr. 27-35, in schwarz und braun, sowie Damenhalbschuhe mit Lacktappe.

## Welt-Kino Kaiserstr. 133

Nur 3 Tage!  
 Mittwoch, Donnerstag und Freitag:  
 Der Graf v. Monte Christo.  
 Nach dem Roman v. Alex. Dumas.  
 Sowie das reichhaltige übrige Programm.

## Sonder-Preise

Bis einschl. Sonntag.

# Jacken-Kleider Strümpfe und Socken.

# Hermann Tietz

**Maurer-Gesuch.**  
 Tüchtige zuverlässige Maurer finden Beschäftigung bei  
 Ad. Klenert, Wolfartsweier.

**Klavier-Unterricht!**  
 Parteinossie, langj. musik. Stud. u. Erfahrung, erteilt gründlichen, billigen Klavierunterricht.  
 Zu erfragen in der Expedition des „Volksfreund“.

## Eilt! Garantiert!

8. April Ziehung der Bad. Invaliden Geld-Lotterie  
 3328 Geldgewinne und 1 Prämie bar Geld.  
 37 000 Mk. Mögl. Höchstgewinn bar Geld  
 15 000 Mk. Hauptgewinn bar Geld  
 10 000 Mk. 3327 Gewinne und eine Prämie bar Geld  
 27 000 Mk. Lose à 1 M. 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 30 g empfiehlt Lott.-Untern.

## J. Stürmer

Strassburg i. E. Langstrasse 107.  
 In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstrasse 11/15, Woerner & Wehrle, Erbprinzenstrasse 29, Gebr. Göttinger, Kaiserstr. 60, E. Flöge, J. Daringer, und alle Losverkaufsstellen. 5771



**Pfannkuch & Co**

**Leigwaren**  
und  
**Dürrobst:**

**Bruch-Maccaroni**

1/2 Pfd. 28 Pfg.

**Maccaroni** offen

1/2 Pfd. 30 Pfg.

**Feinste Maccaroni**

1/2 Pfd. 36 Pfg.

**Staliener I.**

1/2 Pfd. 38 Pfg.

**Afrika**

1/2 Pfd. 42 Pfg.

**Taganroc**

1/2 Pfd. 50 Pfg.

**Gierliste**

1/2 Pfd. 60 Pfg.

**Gemüse-Kudeln**

breite Hausmacher

1/2 Pfd. 32 Pfg.

**Haushmacher**

1/2 Pfd. 36 Pfg.

**Eier-Hausmacher**

1/2 Pfd. 42, 50

und 60 Pfg.

**Zwetschgen**

1/2 Pfd. 21, 25

und 30 Pfg.

**Zwetschgen**

1/2 Pfd. 26 an

**Feinste Pflanzzwetschgen**

1/2 Pfd. 40 u. 60

**Zwetschgen**

ohne Stein 60 Pfg.

**Kranzfeigen**

1/2 Pfd. 28 Pfg.

**Birnschnitze**

1/2 Pfd. 25 Pfg.

**Feinste ganze Birnbutzel**

1/2 Pfd. 30 Pfg.

**Dampfpfäfel**

1/2 Pfd. 45 Pfg.

**Californische Pfirsiche und Birnen**

1/2 Pfd. 60 Pfg.

**Aprikosen**

1/2 Pfd. 70 u. 1.-

**Datteln**

1/2 Pfd. 38 Pfg.

**Mischobst**

1/2 Pfd. 40 u. 50

bestes ohne Stein 60 Pfg.

**Pfannkuch & Co**  
G. m. b. H.  
den bekannten  
Verkaufsstellen.

Soweit Vorrat.

Donnerstag bis einschl. Samstag.

# Zum Umzug!

Beachten Sie meine Spezial-Fenster.

## Gardinen

3 Sonder-Preise.

- I. Tüllgardinen, abgepasst, weiss oder crème . . . . . Paar 4<sup>75</sup>
- II. Tüllgardinen, abgepasst, elfenbein oder crème . . . . . Paar 8<sup>50</sup>
- III. Tüllgardinen, abgepasst, elfenbein, grosse Auswahl . . . . . Paar 12<sup>00</sup>

## Dekorationen

3 Sonder-Preise.

- I. Ein grosser Posten „Künstler-Garnituren“ . . . . . Garnitur 6<sup>75</sup>
- II. Ein grosser Posten „Leinen-Garnituren“ . . . . . Garnitur 5<sup>50</sup>
- III. Ein grosser Posten „Kochelleinen-Garnituren“ . . . . . Garnitur 6<sup>90</sup>

## Teppiche

3 Sonder-Preise.

- I. Ia. Bouclé-Vorlagen, „Künstler-Muster“ . . . . . Mk. 4<sup>90</sup>
- II. Ia. Bouclé-Bodenteppiche, „Künstler-Muster“, ca. 200/300 . . . . . Mk. 34<sup>00</sup>
- III. Linoleum-Teppiche, ca. 200/300 . . . . . Mk. 12<sup>00</sup>

## Linoleum

3 Sonder-Preise.

- I. 200 cm bedruckt Linoleum, „neue Muster“ . . . . . Mk. 2<sup>45</sup>
- II. 200 „ Inlaid, „Muster durchgehend“ . . . . . Mk. 4<sup>90</sup>
- III. 200 „ Linoleum-Reste, bis 8 Meter lang . . . . . Mk. 2<sup>10</sup>

# Hugo Landauer

Karlsruhe

Mode- und Aussteuer-Haus

Kaiserstr. 145.

## Sozialdemokrat. Verein Durlach.

Samstag, den 5. April findet unsere diesjährige

### Generalversammlung

im Lokal zum „Schwanen“ statt.

Tagesordnung:

**Geschäfts- und Kassenbericht und Wahl des Gesamtvorstandes.**

Etwaige Anträge wolle man vor Beginn der Versammlung beim Vorstand abgeben.



## Städt. Seefischmarkt

**Hauptmarkt:** In der Fischmarkthalle hinter dem städtischen Bierordibad am Donnerstag nachmittag von 8<sup>1/2</sup>-7 Uhr und Freitag vormittag von 8-11 Uhr

**Filialmärkte:** Durch den Verkäufer Zipp. Weststadt: In dem Hof des Eichamtes, Sothenstraße 98/99, am Donnerstag nachmittags von 8-6 Uhr.

**Oststadt:** In der Georg-Friedrichstraße am Freitag vormittag von 8-11 Uhr.

**Stadtteil Mühlburg:** Ecke Rhein- und Vogesenstraße am Donnerstag nachmittag von 1<sup>1/2</sup>-5 Uhr.

Karlsruhe, den 2. April 1913. 133

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

**J. Blum's**  
**Zug- und**  
**Storvorrichtung**  
mit 2 Stangen f. Vorhänge u.  
3 Stang. f. Stör u. Vorhänge  
fertig zum Gebrauch. Jeder kann  
dieselben auf- und abmachen.  
**Polierte Holzgalerien**  
in allen Längen  
**Solide und dauerhafte Ware**  
Alles eigenes Fabrikat mit Motorbetrieb. Preislisten gratis. Nur bei 6288

**J. Blum, Schützenstr. 49.**  
Rabattmarken.

Waldstr. 16/18. **Colosseum** Telefon 1938.

### Job's lustige Bühne.

Leute und folgende Tage, abends 8 Uhr:  
**Das Tollste vom Tollen!** 127  
**Lachstürme!** Lachstürme!  
**Der Mann mit Fimmel.** Schwank in 3 Akten.

### Achtung!

Zu bevorstehendem Schulanfang empfehle noch eine größere Anzahl

### Bücher-Kanzen

mit nur kleinen Fehlern, welche ich mit 40% Rabatt abgebe. Echte Lederkanzen ohne Fehler zu billigsten Preisen. Empfehle auch noch eine Anzahl Kommunion-Gesangsbücher zu Schnapppreisen. 6264

**Wily. Pallmer, Luisenstraße 89.**

### Zahn-Atelier

6893

### Chriemhilde Ruf-Allers

Rüppurrerstr. 25.

Telephon 1983.

Erstkl.

### Schneider

sucht 149

### Hans Leyendecker

Kaiserstraße 177.

Matrassen werden für 2 Mk. Rüte für 3 Mk. aufgearbeitet. Ältere Möbelstücke werden in Zahlung genommen. 139

Kaiserstraße 48, Hof.

Bilka zu verkaufen: Starke Kanapee, neu bez. 22 Mk., Kinderbettstelle mit neuer Matr. 18 Mk., Badstift 4 Mk., Nachttisch 2 Mk., pol. r. Tisch 5 Mk., saub. Bettstelle, Roh, Polster, neue Obermatrage 20 Mk. 140

Kaiserstraße 48, Hof.

### Maschinenschriftliche

### Vervielfältigungen

aller Art schnell und zuverlässig

4237 Neuenstraße 3, 2. St. Fernsprecher Nr. 3423.



**Residenz-Theater**  
Waldstr. 30.

Ununterbrochen Vorführungen von nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr.

Vornehmstes und elegantestes Unternehmen am Platze. — Eigens zu diesem Zwecke erbaut.

An Nachmittagen und Vorabenden  
Rendezvous aus der Gesellschaft

**Programm**  
nur für Mittwoch, den 2. bis inkl. Freitag, den 3. April 1913.

**Der fremde Vogel.**  
mit  
**Asta Nielsen**  
in der Hauptrolle.

**Du sollst Vater und Mutter ehren**

Eine Erzählung aus Stadt und Land. Drama in 3 Akten.

**Pathé-Journal.**  
Neueste Berichterstattung.

**In Indochina.**  
Wie die Moix ihre Werkzeuge herstellen.

**Familie Klaus auf Reisen.**  
Köstliche Humoreske.

**Die erste Liebe.**  
Drama.

**Japanische Akrobatie.**  
In interessanten Darbietungen, bald auf einer gefährlichen Leiter, bald auf Kugeln, stellt sich uns in diesem Film die japanische Kindertruppe Kubo vor. 147

**Achtung! Frankfurter**

Pferdelose werden schon am 9. April gezogen mit 1 eleg. Landauer zu 4 Pferden als Haupttreffer, 1 kompl. Zweispännerwagen u. Pferde, 5 Einspänner, 50 div. Pferde etc., wofür auch sofort Bar-Geld erlöset wird. Lose à 1.—, 11 St. 10.—, Porto und Liste 30 Pfg.

**Carl Götz**  
Bankgeschäft u. Lederhandlung  
Hebelstr. 11/15 b. Rathaus

**Herren-Anzüge**  
reintigt à 2.50 Mk.  
Chem. Wäscherei Firminohr  
Kaiserstr. 28. 581

**Extra-Angebot.**  
Anzüge von 6.— Mk. an, Heberzieher 3.— sowie Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weitzzeug, kaufen Sie immer billiger bei  
Arnold Schab, Fähringerstraße Nr. 38.

**Verkaufe**  
billig gebrauchte, noch sehr gut erhaltene Herren-Schube.  
D. Turner, Scheffelstr. 64.

**Kinderwagen** mit Hochge-  
schwindigkeit, fast neu,  
zu verl. Sagsfeld, Durlacher-  
straße 4, 2. Stod. 140

**Sportwagen**, bar, wie neu,  
ist billig zu verkaufen. Marien-  
straße 33, 2. St. 140

**Ziege**, schöne, gute, frisch-  
melkend, hornlos,  
hat zu verkaufen Leopold Stahl,  
Schlosser, Ettlingentwiler.

**Kinderliegewagen**, gut er-  
halten, zu verl. Werderplatz 31, IV.

**Friseurlehrling**  
zum baldigen Eintritt gesucht.

**Rudolf Gattner**  
Schützenstr. 53.

Junger solider Mann sucht  
sofort oder später freundl. möbl.  
**Parterre-Zimmer.**

Differiert mit Preisangabe unter  
„C. 1“ an die Expedition des  
„Volkshaus“ erbeiten.